

DP

DEUTSCHE POLIZEI

03/22

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



31.01.2022

In Gedenken



POLIZEI

In Kooperation mit der
**Gewerkschaft
der Polizei
(GdP)**

Ihre Polizeiversicherung PVAG – Freund und Helfer von Anfang an.

Durch Ihre Karriere bei der Polizei werden Sie sich in Zukunft intensiv mit dem Thema Sicherheit beschäftigen. Damit Ihre persönliche Absicherung nicht zu kurz kommt, bieten wir Ihnen mit der PVAG, unserer Polizeiversicherung mit der GdP, maßgeschneiderte Absicherung, Vorsorge sowie eine kompetente Rundum-Beratung. Von Profis für Profis. Informieren Sie sich jetzt.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551, polizei-info@pvag.de
www.pvag.de

PVAG Die Polizeiversicherung der
GdP + SIGNAL IDUNA Gruppe

SIGNAL IDUNA
gut zu wissen



Jörg Radek
Stellvertretender
GdP-Bundesvorsitzender



Foto: GdP/Hagen Immel

IN EIGENER SACHE

Polizei. Einst galt sie als freundlich und hilfsbereit. Unlängst wurden ihr diese Eigenschaften von populistischen Stimmen, die sie als „Müll“ bezeichnen, in Abrede gestellt. Eine laute Minderheit erklärte sie zu Feinden der Gesellschaft. Jetzt wurden zwei unserer Kollegen ermordet. Diese Entwicklung schockiert mich. Sie macht mir Angst.

Die traurige Wahrheit: Es gibt keinen Schutz vor solchen Taten. Als Polizistinnen und Polizisten leben wir mit diesem Risiko. Jeden Tag. Diese Gewissheit bedrückt mich. Die traurige Wahrheit ist auch: Die entmenslichende Art und Weise, mit der in den sozialen Medien über den Tod zweier Menschen gefeiert wird, ist ein neuer Tiefpunkt. Das macht mich zornig.

Polizei. Im Auftrag der Sicherheit verkörpert sie Besonnenheit und Souveränität. Ich bin Polizist, aber zuallererst bin ich Mensch. Und als Mensch ist in dieser Lage all meine Souveränität dahin. Diese kaltblütigen Morde wühlen mich auf.

Genau diese Emotionen sind es, die uns zu Menschen machen. Doch genau das scheint immer weiter in Vergessenheit zu geraten. In den Uniformen stecken Menschen: Töchter, Söhne, Schwestern, Brüder, Mütter und Väter.

Die hasserfüllten Schmähungen, mit denen sie im Netz verhöhnt werden, müssen wir als Gesellschaft ächten. Zeitgleich wird in den Medien auf dem Rücken der Opfer spekuliert und skandalisiert. Für Auflage, Klickzahlen und Quote. Die entmenslichenden Kommentare, die skandalisierenden Spekulationen – all das negiert das Leid der Hinterbliebenen. Es ist ein Schlag in ihr Gesicht.

Auch die Medien tragen Verantwortung für die Stimmung in unserem Land. Für die Stimmung der Menschen, die unseren Kolleginnen und Kollegen auf der Straße entgegenschlägt. Sprache senkt Hemmschwellen. Statt überhasiteter Worte wünsche ich mir viel öfter gemeinsame Momente des Innehaltens.

In dieser schweren Zeit spüren wir aber auch das aufrichtige Mitgefühl, das uns aus aller Welt erreicht. Diese Zuschriften erinnern uns daran, dass es Menschen gibt, die hinter der Polizei stehen. Sie würdigen den unersetzlichen Dienst unserer Kolleginnen und Kollegen und schenken ihnen hohes Vertrauen. Für diese Anteilnahme bin ich dankbar. ■

Inhalt

03

Polizistenmorde

- 2 „Sabrina, es ist was ganz Schlimmes passiert!“
- 3 Schatten
- 38 Resolution der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu den Polizistenmorden von Ulmet

Kommentiert

- 29 Die Verführbarkeit durch Sprache ist begrenzt

Hingeschaut

- 30 „Die eigenen Potenziale wecken“
- 33 Für eine Hand voll Bitcoin ...
- 37 Aktiv gegen Beleidigung, Pöbeleien und Gewalt am Arbeitsplatz

Innenleben

- 4 Gemeinsam statt einsam
- 7 Ein weites Feld
- 9 „Wir sind die Zukunft“
- 10 Pixel statt Papier
- 12 Dem Motto das politische Gewicht geben
- 16 Einmischen – Einbringen – Einfordern
- 20 Zurückblicken, ohne die Zukunft zu verpassen
- 24 Mit einem Ticket aus jedem Dorf zu jeder Haltestelle hierzulande
- 36 Auf einen Blick
- 39 **Eure Meinung**
- 40 **Impressum**

Kusel – zwei von uns



**Gewerkschaft
der Polizei**

Die Polizeistiftung des Landes Rheinland-Pfalz zur Einrichtung eines Spendenkontos

Die Trauer, die Betroffenheit und auch die Anteilnahme sitzen – nicht nur in der Polizei Rheinland-Pfalz – sehr tief. Dass wir innerhalb weniger Minuten eine so junge Kollegin und einen so jungen Kollegen im Rahmen Ihrer Dienstausbildung verlieren, macht uns alle sprachlos.

Aus diesem Anlass nehmen wir Spenden für die Familien und Angehörigen der getöteten Kollegin und des getöteten Kollegen an.

Mit den eingehenden Spenden wollen wir aber auch all denjenigen Kolleginnen und

Kollegen bei der Trauerbewältigung helfen, welche unmittelbar ins Geschehen eingebunden waren beziehungsweise mit der Kollegin und dem Kollegen im täglichen Alltag Dienst verrichtet haben.

Sollten Sie und Ihre und Eure Spende an die Polizeistiftung Rheinland-Pfalz richten wollen, so nutzen Sie, nutzt Ihr, bitte den Verwendungszweck „Kusel – zwei von uns“ und folgende Bankverbindung:

**Polizeistiftung Rheinland-Pfalz
Sparda Bank Südwest
IBAN: DE15 5509 0500 0001 9899 79**

POLIZISTENMORDE

„Sabrina, es ist was ganz Schlimmes passiert!“



Foto: Hans-Böckler-Stiftung/www.gerglo.com

Sabrina Kunz

Landesvorsitzende der GdP-Rheinland-Pfalz

Als mich am 31. Januar 2022 bereits um kurz nach fünf Uhr morgens die erste Nachricht erteilte, dachte ich, ich träume. Es hat nur wenige Minuten gedauert, bis ich weitere WhatsApp-Nachrichten auf meinem Handy hatte. Ich wollte es nicht glauben: „Bei Kusel wurden zwei Kollegen bei einer Verkehrskontrolle erschossen!“ Diese Nachricht hat mich und meinen Verstand mit voller Wucht getroffen.

Als ich begriffen habe, dass dies tatsächlich passiert ist, war mein erster Gedanke: „Ein Albtraum aller Polizistinnen und Polizisten ist bittere Realität geworden.“ Heute ist der 8. Februar, seit nunmehr einer Woche befindet sich die gesamte Polizei Rheinland-Pfalz, nein... aus dem ganzen Bundesgebiet und den benachbarten europäischen Ländern, in Trauer um eine junge Polizistin und einen jungen Polizisten, die noch am Anfang ihres Lebens stehend, alle Pläne vor sich hatten und im Dienst für unseren demokratischen Rechtsstaat – für das Gemeinwohl – ihr Leben gelassen haben.

Neben den Gefühlen von Trauer, Ohnmacht und Fassungslosigkeit verspüren die Polizei – und die GdP – eine unendlich große Welle der Solidarität und Anteilnahme: Medien, Politik, gesellschaftliche Gruppen, Kirchengemeinden, Bürgerinnen und Bürger, Gewerkschaften der Familie des Deutschen Gewerkschaftsbundes wie auch des Deutschen Beamtenbundes. Viele andere wären noch zu nennen. Mahnwachen, Kundgebungen und Gedenkminuten wurden und werden durchgeführt. Das macht was mit mir,

das macht was mit uns, das macht was mit der gesamten Polizei. Wir trauern, wir weinen, wir verarbeiten – wir suchen aber auch Antworten auf das Warum?

Und stolpern dabei über so viele Erfahrungen und Emotionen, die uns verdeutlichen, in wie vielen Situationen alle von uns schon einmal waren, in denen es womöglich so hätte ausgehen können. Ja, Polizistinnen und Polizisten haben die sogenannte Pflicht zur Hinnahme bestimmter Gefahren, wie es im Beamtenrecht heißt. Man weiß, dass man einen sehr gefährlichen Beruf hat, der im schlimmsten Fall auch tödlich enden kann. Diese Morde sprengen jedoch alle Vorstellungen von Ängsten, die man wahrscheinlich haben kann.

Und dann kommt bei vielen von uns eine Form von Wut auf. Seit Jahren machen wir auf das Problem der zunehmenden Respektlosigkeit und Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten aufmerksam. Warum, denke ich mir, müssen erst unsere Kollegin und unser Kollege so grauenvoll sterben, bis das, mit dem wir täglich auf die eine oder andere gefährliche Weise konfrontiert werden, draußen im Land und in der Bevölkerung auch so wahrgenommen wird?

Wo bleibt der Aufschrei, wenn Polizistinnen und Polizisten im Dienst angegangen werden? Wie kann es sein, dass Straftäter 25 und mehr Einträge in polizeilichen Systemen haben und immer wieder mit Geldstrafen belangt werden?

Warum wird auf der anderen Seite sooft hinterfragt, was wir tun? Wir sind doch kei-

ne Gefahr. Wir sind auch keine Bedrohung. Aber wir vermissen die Wertschätzung, die Rückendeckung und den Vertrauensvorschuss, den wir als Polizistinnen und Polizisten so dringend bei der Ausübung unseres Berufes brauchen.

Respektloses Verhalten, Beleidigungen und Gewaltübergriffe gegen uns gibt es schon lange. Mich schockt jedoch der von manchen Menschen geäußerte abgrundtiefe Hass dem Staat und der Polizei gegenüber. Auch auf dieses Warum suche ich Antworten.

Wir sind eine selbstbewusste und starke Bürgerpolizei, auf die unsere Gesellschaft vertrauen darf und kann. Ich wünsche mir eine Gesellschaft, eine Medienlandschaft und eine Politik, die unsere Haltung besser wertzuschätzen weiß und unser rechtsstaatliches und demokratisches System – unseren Staat – so aufstellt, dass dieser Wert von allen unterstützt und verteidigt wird. Für ein gemeinsames, sicheres Leben.

Wir, die GdP, werden und wollen den Polizeibeschäftigten weiter eine vernehmbare Stimme geben. In diesen schrecklichen Tagen wird und ist diese Stimme noch deutlicher zu hören als sonst. Lasst uns damit weitermachen – motiviert und engagiert. Lasst es uns tun, damit die Dinge besser werden.

Sabrina Kunz

POLIZISTENMORDE

Schatten

Oliver Malchow
GdP-Bundesvorsitzender

Foto: GdP/Hagen Immel



Es ist der 4. Februar 2022. Während ich diese Zeilen schreibe, überschattet der gewaltsame Tod zweier unserer Kollegen die Polizei und weite Teile der Öffentlichkeit. Diese erschütternde Gewalttat ist jetzt ein paar Tage her, die Welt jedoch irgendwie eine andere. Ich unterbreche das Niederschreiben meiner Gedanken und gehe. Um 10.00 Uhr wird den beiden Verstorbenen mit einer Schweigeminute gedacht.

Unsere Bundesgeschäftsstelle erreichten in den vergangenen Tagen viele E-Mails mit Beileidsbekundungen und Ausdrücken der Solidarität und Empathie. Auch Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland übermittelten uns stellvertretend für die Angehörigen und Liebsten der in Ausübung ihres Dienstes Getöteten ihr aufrichtiges Mitgefühl. Es bleibt Fassungslosigkeit und tief empfundene Trauer über eine verstörende Tat.

Diese Fassungslosigkeit erstreckt sich jedoch auch, und bitte gestatten Sie und gestattet Ihr mir an dieser Stelle diese mir auf der Seele liegenden Worte, auf die teils widerlichen, zutiefst menschenverachtenden, frei von jeglicher Empathie und Würde auf einigen Plattformen sozialer Medien oder in Messenger-Diensten hinterlassenen Kommentare zu unseren beiden Kollegen, die in so jungen Jahren auf brutale Weise aus unserer Mitte gerissen wurden. Was geht in solchen Menschen vor? Worin begründet sich ihr Hass? Was hat sie vom Menschsein entfernt? Und ich frage mich zudem, ob solche Menschen den Mut hätten, mir ihren Hass in das Gesicht zu sagen?

Ein Automatismus ist es, dass bereits kurz nach solchen Ereignissen die mediale Aufarbeitung beginnt. Nachrichten, die noch vor Jahren erst den Weg in ein Rundfunkstudio hätten finden müssen, können heutzutage in Sekundenschnelle gepostet werden. Was passiert ist, plopt auf dem Smartphone als „Breaking News“ auf, erst recht, wenn es sich um Ereignisse handelt, die Herzen brechen lassen können. Dann beginnt der Wettlauf um die prominentesten Stimmen und exklusivsten Inhalte. Aus Sicht der Medienschaffenden ist dies verständlich, ihnen wird Druck gemacht, sie befinden sich im Wettbewerb.

Gezielt werden durch einige der anfragenden Journalistinnen und Journalisten Dinge angesprochen wie: Sind die Einsatzkräfte für solche Situationen gut genug ausgebildet und verfügen sie über die entsprechende Ausstattung? Welche Konsequenzen werden aus dem Ereignis gezogen et cetera? Das alles, während die Fahndung nach dem oder den mutmaßlichen Tätern noch läuft, die Spurenermittler noch am Tatort sind und trotz tief sitzender Erschütterung professionell ermittelt werden muss.

Ich sage jedoch klar, dass man auf diesen Zug nicht aufspringen muss. Es gebietet der Anstand und der Respekt gegenüber denen, die ihr Leben für die Sicherheit in dieser Gesellschaft gegeben haben, zunächst innezuhalten.

Oliver Malchow



Der neue Geschäftsführende Bundesjugendvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP): (v.l.) Jil Richter (Schriftführerin), Fabian Reichert (stellv. Schriftführer), Jennifer Otto (Bundesjugendvorsitzende), Niklas Herrmann (Kassierer), Anna-Maria Raschke (stellv. Bundesjugendvorsitzende), Michél Franke (stellv. Kassierer), Christian Ehringfeld (stellv. Bundesjugendvorsitzender), Jannik Wessels (stellv. Bundesjugendvorsitzender) und – leider nicht auf dem Bild – Christian Emmerich (stellv. Bundesjugendvorsitzender).

VERLÄSSLICHKEIT, WEHRHAFTIGKEIT, ENGAGEMENT

Gemeinsam statt einsam

Ende Januar fand in Berlin die 16. Bundesjugendkonferenz (BJK) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) unter dem Motto „together“ statt. Eine Hybridveranstaltung – mal wieder. Doch trotz gebotenem Mindestabstand bestand Einigkeit unter den über 100 meist Teilnehmenden, künftig noch enger zusammenzurücken: Mehr Austausch, mehr Debatten. Ein Rückblick.

Danica Bensmail

In der digital-analogen Veranstaltung erörterten und beschlossen die Delegierten aus allen GdP-Landesbezirken und -Bezirken etwa 70 Anträge. Neben dem Schwerpunktthema Digitalisierung von Polizei und Gesellschaft, beschäftigten sich die jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mit Themen wie bundesweiten Besoldungsunterschieden, der Cannabis-Prävention, dem Umgang von Diskriminierung in der Polizei und der politischen Bildung für Polizistinnen und Polizisten.

„Eine verlässliche Partnerin“

In einem persönlichen Grußwort sprach der Vorsitzende der Innenministerkonferenz (IMK) und bayerischer Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann, zu den Delegierten. Herrmann betonte, wie wichtig es sei, angesichts wachsender und vielfältiger Herausforderungen im Polizeidienst junge und motivierte Menschen für diesen Beruf



Foto: GdP/May/Herschelmann

schwor die Delegierten: „Ich bitte Sie, auch hier mit Vehemenz, Ausdauer und Kraft an diesem Thema dranzubleiben.“ Abschließend würdigte sie im Namen der Politik den täglichen Einsatz der Polizei: „Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie an 365 Tagen im Jahr für uns Bürger da sind und uns schützen.“

Anpacken

Der scheidende Bundesjugendvorsitzende Martin Meisen zog in seiner Abschlussrede eine positive Bilanz der letzten vier Jahre und stellte insbesondere die hervorragende Zusammenarbeit im Gremium, mit dem Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand sowie der GdP-Bundesgeschäftsstelle heraus. Es seien zwar auch einige Tiefen zu bewältigen gewesen, resümierte der Bundespolizist, jedoch habe er erlebt, wie wichtig es sei, aus Vergangenen zu lernen und die Weichen für die Zukunft zu stellen.

„Wir können Polizei gestalten und verändern“, stellte Meisen fest. Das sei ein großes Privileg, dessen man sich stets bewusst sein sollte. Getreu dem „together“-Motto

der diesjährigen BJK schwor Meisen die Delegierten darauf ein, sich künftig noch stärker darauf zu besinnen, Herausforderungen gemeinsam anzupacken.

Erfolge fortführen

Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Dietmar Schilff erinnerte an die Gründung der JUNGE GRUPPE (GdP) im Jahr 1966. In den letzten 56 Jahren habe sie sich zu einem 50.000 Mitglieder starken Forum für engagierte und motivierte Menschen in der Polizei entwickelt. Damit repräsentiere sie ein Viertel der Organisation, denn zum ersten Mal in der Geschichte zähle die GdP über 200.000 Mitglieder. Die 16. BJK stelle zudem einen historischen Moment dar, handele es sich dabei doch um die erste hybride Konferenz in der Geschichte der Personengruppe. „Ich hoffe, dass die erste auch die einzige dieser Art sein wird“, fuhr Schilff fort, denn die Gewerkschaftsarbeit, betonte er, profitiere und lebe vom persönlichen Austausch – was die Delegierten vor ihren Computerbildschirmen mit zustimmendem Nicken quittierten.

zu gewinnen. Er lobte die GdP als verlässliche Partnerin im Kampf für das Wohlergehen von Polizistinnen und Polizisten und zollte den Beamtinnen und Beamten seinen Respekt für ihren täglichen Einsatz, insbesondere unter den erschwerten Bedingungen der vergangenen zwei Pandemie-Jahre.

Von Herzen dankbar

In einem weiteren Grußwort wendete sich die ehemalige Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses und CSU-Innenexpertin, Andrea Lindholz, an die Teilnehmenden der Konferenz. Sie lobte die Kampagne „Grundgesetz. Unsere Verantwortung!“ der JUNGE GRUPPE (GdP). „Ich bin Ihnen von Herzen dankbar dafür, dass Sie diese Kampagne zur Stärkung einer wehrhaften Demokratie mit Nachdruck verfolgen“, betonte die Bundestagsabgeordnete. Die Gesellschaft für dieses Thema zu sensibilisieren sei von großer Bedeutung, verdeutlichte Lindholz und be-



Foto: GdP/May/Herschelmann

Der bayerische Innenminister Joachim Hermann, Vorsitzender der Innenministerkonferenz, lobte die JUNGE GRUPPE (GdP) für ihren Einsatz für die Demokratie.



Alles Gute: Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Dietmar Schilff gratuliert der frisch gebackenen Bundesjugendvorsitzenden Jennifer Otto.

„Die Arbeit der Gesamtorganisation, und damit auch Eure, hat dazu beigetragen, dass wir in der Exekutive, im Verwaltungsbereich und im Tarifbereich offensichtlich die richtigen Inhalte an die Leute herantragen und sie bei uns eintreten“, führte der GdP-Vize aus.

Diesen erfolgreichen Weg gelte es künftig fortzusetzen. „Und das wird was, wenn Ihr Eure Kompetenzen weiter so einbringt, wie bisher“, denn die JUNGE GRUPPE (GdP) sei eine verlässliche Anlaufstelle für alle Kolleginnen und Kollegen, die Rat und Tat benötigen.

85 bis 90 Prozent der Menschen vertrauen ihrer Polizei, betonte der Gewerkschafter. Dieser Wert sei keine Selbstverständlichkeit, sondern das Produkt langer und harter Arbeit. „Danke für Euer Engagement und all das, was Ihr in der Zeit seit der letzten Bundesjugendkonferenz gemacht habt. Gut, dass es sie gibt, die Gewerkschaft der Polizei.“

Dranbleiben

Worte des Lobes gab es auch von Seiten des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). „Liebe JUNGE GRUPPE (GdP), Ihr seid großartig. Ihr bringt Euch ein, in den Betrieben, den Dienststellen, in die DGB-Jugend und in die Gesellschaft“, sagte DGB-Bundesjugendsekretär Kristof Becker in seinem Videogrüßwort an die Delegierten. Die vergangenen Jahre hätten verdeutlicht, wie wichtig die Jugendorganisation der GdP für die Polizei und den öffentlichen Dienst sei. Der Gewerkschafter lobte die Kampagne „Grundgesetz. Unsere Verantwortung!“ sowie das damit verbundene Engagement für die Demokratie und den Rechtsstaat. „Bleibt stark, bleibt aktiv, bleibt laut“, rief er den Delegierten abschließend zu. ■



Die CSU-Bundestagsabgeordnete Andrea Lindholz, ehemalige Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, würdigte die Grundgesetzkampagne der JUNGE GRUPPE (GdP).



Der ehemalige Bundesjugendvorsitzende Martin Meisen zog eine positive Bilanz der vergangenen vier Jahre.



Foto: GdP/Kay Herschelmann

Wenn die Verhandlungsleitung drei Mal klingelt. Sebastian Weise (Mecklenburg-Vorpommern) ruft die Delegierten aus der Pause.

ABGESTIMMT: DIE ANTRÄGE

Ein weites Feld

Die Delegierten der 16. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft der Polizei (GdP) stimmten über knapp 70 verschiedene Anträge ab. Inhaltlich beschäftigten sich die jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mit einem breiten Themenspektrum von arbeits- und gesellschaftspolitischer Bedeutung. Ein Ausschnitt ...

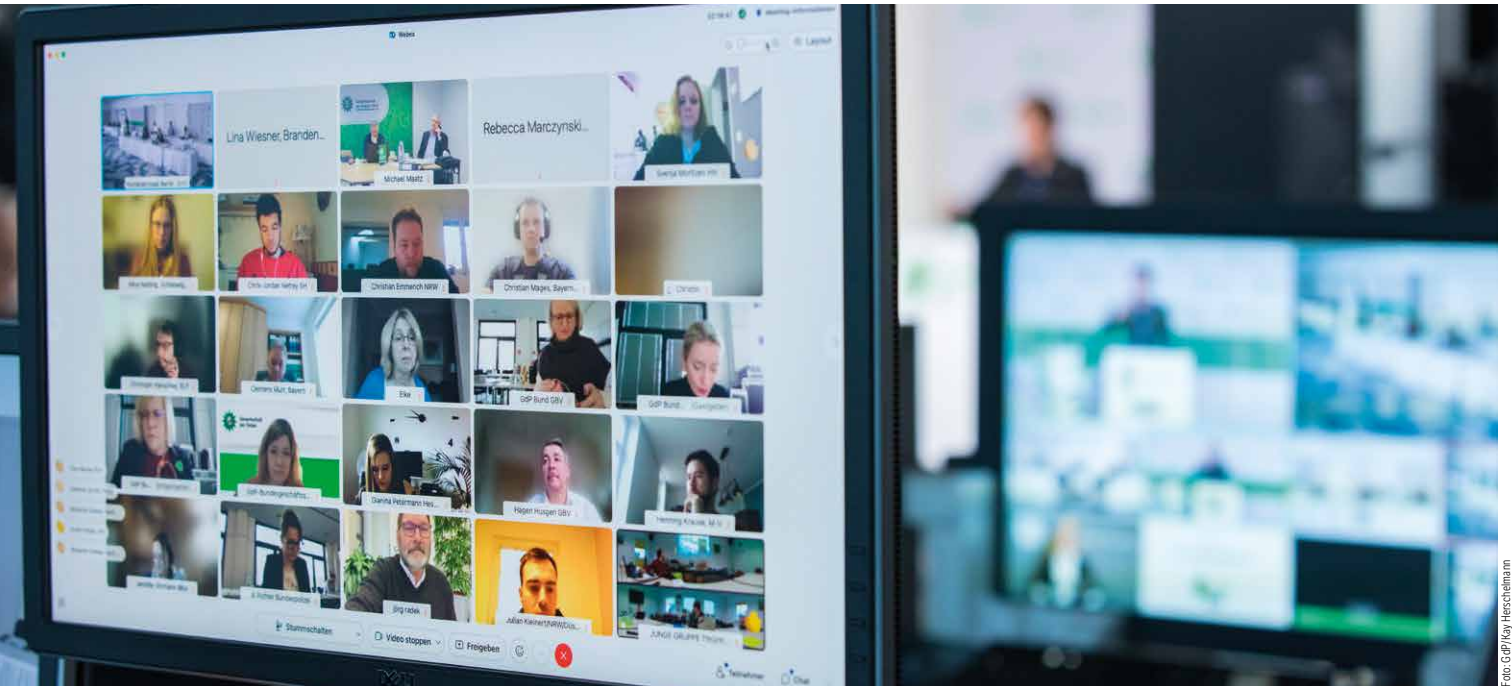
Danica Bensmail

Kampagne „Grundgesetz. Unsere Verantwortung!“

Die Delegierten stimmten dafür, die Kampagne „Grundgesetz. Unsere Verantwortung!“ fortzuführen und thematisch kontinuierlich fortzuentwickeln. Damit steuern die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter Vorwürfen vehement entgegen, die die Verfassungstreue von Polizeibeschäftigten immer wieder in Frage oder sogar in Abrede stellen. Die Kampagne sei ein starkes Zeichen an die Politik und Bevölkerung, zudem ein klares Bekenntnis zum demokratischen Wertekodex. Sie suche den gezielten Austausch mit der Politik und wolle die Widerstandskraft der Polizeibeschäftigten gegenüber antidemokratischen Umtrieben und solchen Haltungen stärken.

Politische Bildung in der Polizei

Weiteres Augenmerk gilt der politischen Bildung in der Aus- und Fortbildung der Poli-



Hinter den Bildschirmen und im Saal stimmten über 100 Delegierte über knapp 70 Anträge ab.

zeien des Bundes und der Länder. Die Delegierten stimmten dafür, entsprechende Initiativen weiter zu stärken und auszubauen. Polizeibeschäftigte seien Repräsentanten des Rechtsstaates, der Werte des Grundgesetzes und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Zur Wahrnehmung dieser Rolle benötigten sie neben rechtlichen und polizeifachlichen Kenntnissen auch politische Bildung. Diese sei ein wichtiger zusätzlicher Baustein, um souverän und handlungssicher der Komplexität des polizeilichen Berufsalltags begegnen zu können.

Cannabis: Präventionsarbeit fördern

Angesichts der Ampel-Koalitionsvereinbarung, den Konsum von Cannabis legalisieren zu wollen, plädierten die jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter dafür, die Präventionsarbeit zum Thema Cannabiskonsum spürbar zu intensivieren. Es solle insbesondere für dessen Gefahren im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr sensibilisiert werden. Nach Alkohol und Tabak sei Cannabis hierzulande die populärste psychoaktive Substanz. Ein aktives Einbringen, um die Präventionsarbeit zu stärken, sei geboten.

Klimaschutz bei der Gewerkschaftsarbeit

Die Delegierten sprachen sich zudem dafür aus, künftig den Klimaschutz in die gewerkschaftliche und polizeiliche Arbeit zu integrieren. Die Bewältigung des Klimawandels sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und bedürfe ökologischer, sozialer und wirtschaftspolitischer Veränderungen. Zunächst wolle man Themen wie den digitalen Streifenwagen, mobiles Arbeiten, Nachhaltigkeit und Klimaschutz innerhalb der GDP auf die Agenda setzen. Konferenzunterlagen sollten künftig digital und nur auf Anfrage in Papierform vorliegen. Überdies müsse die Möglichkeit geschaffen werden, an Sitzungen häufiger digital teilnehmen zu können.

Gegen die Diskriminierung in der Polizei

Einstimmigkeit auch bei diesem Thema: Gegen die Diskriminierung in den Reihen der Beschäftigten der Sicherheitsbehörden müsse stärker vorbeugend gehandelt werden. Dazu gehört nach Auffassung der Delegierten die Prüfung der Schaffung von Vertrauensstellen als geeignetem Mittel, Ver-

dachtsfälle zu melden. Die Geschehnisse der vergangenen Jahre hätten offengelegt, dass ein geringer Teil der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes rassistische Haltungen zeige. Dies sei nicht zu tolerieren und müsse mit geeigneten Maßnahmen unterbunden werden. Kolleginnen und Kollegen mit derartiger Attitüde hätten keinen Platz in der Polizei.

Gesundheitsförderung, Sport und Ernährung

Künftig soll nach Auffassung der jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter jährlich mindestens ein für die Polizeibeschäftigten angebotenes Seminar zur Gesundheitsförderung, Sport und Ernährung durchgeführt werden. Die Dienstherren hätten in der Vergangenheit zu sehr auf den Dienstsport gesetzt. Dieser komme jedoch aufgrund der Arbeitsauslastung oft zu kurz. Entsprechenden Sportangeboten vor oder nach der Arbeit als Dienstzeit zum Trotz, fehle oftmals das Grundlagenwissen, wie die Beamtinnen, Beamten sowie Tarifbeschäftigte zu Hause oder sogar am Arbeitsplatz durch kleine Bewegungsabläufe ihre physische und mentale Gesundheit stärken und unterstützen könnten. ■

Innenleben



16. BUNDESJUGENDKONFERENZ

„Wir sind die Zukunft“

Die JUNGE GRUPPE (GdP) hat eine neue Vorsitzende. Die Kriminalkommissarin Jennifer Otto führt für die kommenden vier Jahre die Geschäfte der GdP-Jugendorganisation. Ein Gespräch über Transparenz, Vertrauen und darüber, wie es ist, als Rheinland-Pfälerin hochdeutsch zu sprechen.

Danica Bensmail

DP: Liebe Jennifer, herzlichen Glückwunsch zur Wahl als Bundesjugendvorsitzende. Komisch, wenn man statt zu Menschen fast nur zu Bildschirmen spricht, oder?

Jennifer Otto: Vielen Dank! Ja, die letzte Bundesjugendkonferenz in Präsenz war ganz anders. Als ich in den Raum kam, dachte ich, wir würden einen Hollywoodstreifen drehen. So viel Technik war da. Kameras, Strahler, alles super professionell. Chapeau an die Bundesgeschäftsstelle. Die Situation war ungewohnt, weil ich dieses Mal die Reaktionen der Leute nicht so einfach wahrnehmen konnte.

DP: Aber die Reaktionen auf Deine selbstironische Bemerkung über die Fähigkeit, als Rheinland-Pfälerin hochdeutsch sprechen zu können, waren sehr gut wahrnehmbar.

Otto: Die Niedersachsen im Team sind da nicht unbedingt auf meiner Seite. Die finden schon, dass ich einen sehr krassen Dialekt habe. Und manche Rheinland-Pfäler sagen, ich würde nicht so klingen wie sie. Manche sprechen nämlich auch so gutes Hochdeutsch wie ich. (lacht)

DP: Über 98 Prozent der Delegierten haben für Dich gestimmt. Was ging Dir in dem Moment durch den Kopf?

Otto: Ich war überwältigt von der Prozentzahl. Was will ich mehr?

DP: Sagen wir mal so, Olaf Scholz hast Du mit dem Wahlergebnis zahlenmäßig abgehängt ...



Foto: GdP/KeyHerscheimann

Die neue Bundesjugendvorsitzende Jennifer Otto wünscht sich für die JUNGE GRUPPE (GdP) eine stärkere Debattenkultur.

Otto: Die Vorgabe meines Chefs war, ein besseres Ergebnis präsentieren zu können als Friedrich Merz. (lacht) Aber ernsthaft, ich bin sehr dankbar für das Vertrauen der Delegierten in mich. Das Ergebnis gibt mir viel Rückenwind, um in der kommenden Zeit Dinge anzupacken und mit dem Team gemeinsam umzusetzen.

DP: Ein starkes Team, der neue Geschäftsführende Bundesjugendvorstand (GBJV)!

Otto: Sie sind die Zukunft und allesamt super vielfältige, kreative, junge Menschen. Das wird richtig, richtig gut, und wir werden in den nächsten vier Jahren öfter auf uns aufmerksam machen.

DP: Was ist Dir persönlich wichtig in Deinem neuen Amt?

Otto: Mit ist wichtig, die GdP zu entwickeln und zusammen zu halten. Die Organisation muss stabil sein. Dabei hilft es, wenn wir transparent arbeiten und alle mitnehmen. Die Menschen müssen wieder stärker in unsere Arbeit vertrauen. Aus dem stillen Kämmerlein heraus geht das nicht. Wir müssen auf die Leute zugehen und ihnen erklären: Darum machen wir die Dinge so, wie wir sie machen.

DP: Was willst Du anders machen? Was wirst Du fortsetzen?

Otto: Was ich unbedingt beibehalten werde, ist der Kontakt in die Politik. Wir müssen Mitgestaltung weiter einfordern. Was ich anders machen möchte? Die Junge Gruppe braucht aus meiner Sicht eine noch stärkere Debattenkultur. Wir müssen Themen, die uns beschäftigen, noch intensiver untereinander diskutieren, auch kontrovers.

DP: Werdet Ihr künftig mehr Kontakt zur Erwachsenenorganisation und die kritische Auseinandersetzung mit ihr suchen?

Otto: Wir werden unseren Bundesvorstand immer unterstützen, ihn aber auch kritisch begleiten. Aktive Mitbestimmung wollen wir auch weiterhin einfordern. Manche Beschlüsse werden wir sicherlich nicht einfach so hinnehmen, sondern ausdiskutieren wollen. Ich empfinde das als Gewinn für die Organisation. Die Polizei macht gerade einen riesigen Generationswechsel durch. Die Stimme der Jugend muss in den nächsten Jahren noch mehr gehört werden.

DP: Warum?

Otto: Nochmal, die Zukunft sind wir. Wir wollen darüber entscheiden, wie die Polizei von morgen aussehen soll. Wir wollen nicht, dass man für uns darüber entscheidet. Und aus genau diesem Grund werden wir den Dialog und die konstruktive Debatte suchen. Das kann uns alle nur weiterbringen.

DP: Womit startet der neue GBJV thematisch in 2022?

Otto: Digitalisierung ist ganz klar die Nummer eins. Ohne geht es nicht mehr. Weder in der Polizei noch in der GdP. Die Junge Gruppe wird digitaler werden, und wir wollen die GdP Bund dabei mitnehmen.

DP: Viel Erfolg und vielen Dank für das Gespräch.



Foto: GdP/Kay Hirschmann

Pixel statt Papier: Wer die Wahl hat, stimmt digital ab.

DIGITALOFFENSIVE

Pixel statt Papier

Die JUNGE GRUPPE (GdP) hat anlässlich der 16. Bundesjugendkonferenz (BJK) Ende Januar ihren Leitantrag vorgestellt. Besondere Aufmerksamkeit gilt darin der Digitalisierung von Polizei und Gesellschaft. Wo es (noch) klemmt, und wo die Reise hingehen soll, ein Überblick.

Danica Bensmail

Der Leitantrag der diesjährigen Bundesjugendkonferenz (BJK) ließ keinen Zweifel daran, was die Nachwuchsgewerkschafterinnen und -gewerkschafter aktuell inhaltlich umtreibt. Das große Thema des Delegiertentreffens war die Digitalisierung von Polizei und Gesellschaft. Im Zuge des Mammutprojektes „Polizei2020“ hatte die JUNGE GRUPPE (GdP) sich in der Vergangenheit bereits als starker Fürsprecher mit Aspekten rund um den Bereich Digitalisierung am politischen Diskurs beteiligt.

Die Polizei braucht ein Update

Hatte die ehemalige Bundeskanzlerin vor einigen Jahren das Internet noch als „Neuland“ bezeichnet, ist spätestens mit der Coronapandemie der digitale Knoten geplatzt. Neuland hin oder her: Digital geht doch! Sogar ziemlich zügig, wenn's drauf ankommt.

Der Wunsch nach digitalem Aufbruch unter den jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern ist groß. Doch ihm voraus geht eine Bestandsaufnahme. Die wiederum steht im krassen Kontrast zur Euphorie der Delegierten für dieses Thema. Schnell wird klar: Die Polizei hierzulande braucht ein Update. Dringend! Die Digitalisierung der Behörde befindet sich vielerorts noch immer in den Kinderschuhen. Auch die digitale Kontaktaufnahme der Bürger zu ihrer Polizei soll, geht es nach der GdP, ausgebaut und bedeutend erleichtert werden.

Innovationsstau entzerren

Leichter gesagt als getan. Damit das gelingen kann, ist zunächst wichtige Grundlagenarbeit notwendig, stellt die JUNGE GRUPPE (GdP) fest. In vielen Bundesländern bremsen ein Innovationsstau das digitale Arbeiten

der Behörden noch aus. Ein papierloses und überdies mobiles Büro sei heute eher die Ausnahme. In den meisten Fällen könne es nicht angeboten werden. Grund dafür ist die vielerorts fehlende Technik, vor allem mobile Endgeräte sind Mangelware in den Dienstzimmern, den Streifenwagen und dem Homeoffice der Kolleginnen und Kollegen.

Harmoniebedürftig

Über die bloße Existenz ausreichender digitaler Einsatzmittel hinaus, stellt sich eine weitere Herausforderung. Die entsprechende Technik muss barrierefrei nutzbar sein, damit zu jeder Zeit die benötigten Informationen abgerufen werden können – egal von wo. So weit so gut, wären da nicht 16 Bundesländer und mindestens genauso viele unterschiedliche Systeme. Für die JUNGE GRUPPE (GdP) ist klar: Eine Harmonisierung der polizeilichen Systeme ist dringend notwendig. Das bereits erwähnte Programm „Polizei2020“ will genau diese Herausforderung meistern.

Technik nach Maß

Geht es nach den Junggewerkschaftern soll und kann „one size fits all“ nicht die Lösung sein. Eine Größe für alle passt am Ende bei so viel föderaler Vielfalt eben doch nicht allen. Stattdessen fordern die jungen Polizeibeschäftigten künftig Software unter dem Gesichtspunkt der Benutzerfreundlichkeit zu entwickeln. Das bedeutet vor allem, die verschiedenen Anforderungen der Nutzer bei der Programmierung im Kopf zu haben. Besonders wichtig: Länderübergreifend soll miteinander gearbeitet werden können. Kurzum: Die Polizeien der Länder und des Bundes müssen Zugriff auf ermittlungsrelevante Informationen ihrer Kolleginnen und Kollegen haben. Alle zusammen also. Ganz so, wie es das diesjährige BJK-Motto vorsieht: „together“.

Gewusst wie

Doch die bloße Technik bringt nichts, wenn niemand sie nutzen kann. Darum legt die JUNGE GRUPPE (GdP) großen Wert darauf, dass Kolleginnen und Kollegen frühzeitig in

neue Technologien und Systeme eingeführt werden. Zudem sollen die Anwendungen im besten Fall Lizenzmodellen unterliegen, die eine eigene Weiterentwicklung zulassen und darüber hinaus die Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung (BITV) in Gänze umsetzen.

Mensch mit Maschine

Auch wollen die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sich nicht dem Aspekt der künstlichen Intelligenz oder dem maschinellen Lernen versperren. Sie erkennen darin enorme Potenziale, die insbesondere den Umgang mit Massendaten vereinfachen. Dabei muss künstliche Intelligenz aber immer starken ethischen Richtlinien unterliegen. Denn eines ist den Mitgliedern der JUNGE GRUPPE (GdP) wichtig: Technik soll den Menschen nicht ersetzen, sondern dessen Arbeit erleichtern. Das gilt für das Studium, die Ausbildung, den Dienst und genauso für die Gewerkschaftsarbeit.

Nicht ohne meinen Personalrat

Bei allen technologischen Neueinführungen sollen die Personalräte sowie die Jugend- und Auszubildendenvertretungen frühzei-



Ganz im Sinne des Leitantrages: Voll vernetzt ging die Bundesjugendkonferenz an den Start.

tig in neue Beschaffungen und Entwicklungen eingebunden werden. Das funktioniert dann am besten, wenn auch diese Gremien sich im Bereich der Digitalisierung weiterbilden. Zudem sieht der Leitantrag vor, dass Personalvertretungen die Möglichkeit haben, dauerhaft auf Experten zurückgreifen zu können, die sie in Fragen der Digitalisierung und im Bereich Beschäftigtendatenschutz unterstützen.

vitäten und Vorgänge zunehmend in den digitalen Raum verlagert werden, darf die Polizei nicht im Analogen verharren, um nicht den Kontakt zu den Bürgern zu verlieren“, betonte die neue Bundesjugendvorsitzende Jennifer Otto nach dem mit großer Mehrheit verabschiedeten Leitantrag. Eine Polizei, die im digitalen Umfeld erreichbar und ansprechbar sei, nutze auch den Bürgerinnen und Bürgern. ■

Unter dem Strich

„Die deutsche Polizei ist eine bürgernahe Polizei. In Zeiten, in denen alltägliche Akti-

ANZEIGE



DAS PERFEKTE LICHT FÜR JEDEN EINSATZ



Besuchen Sie uns!

ledlenser.com

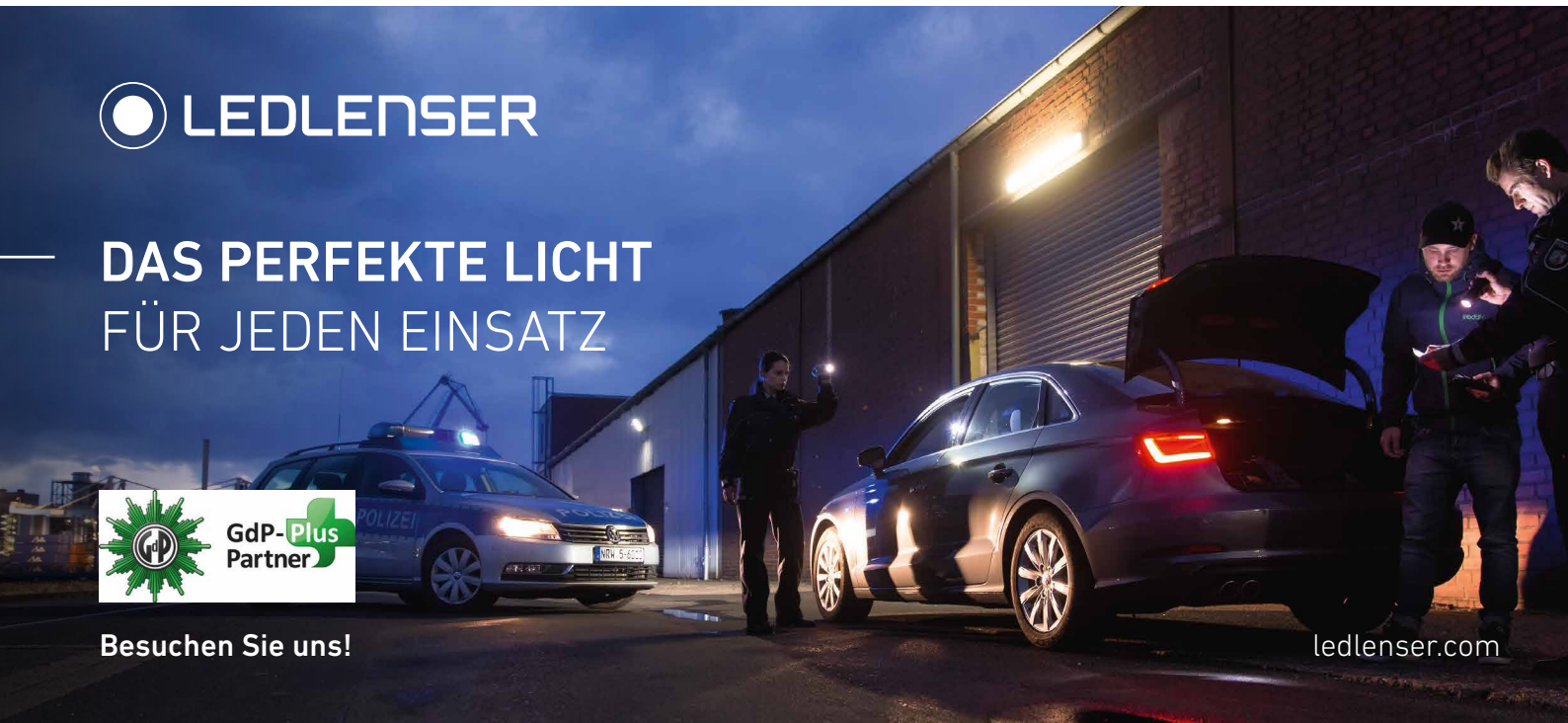




Foto: GdP/DiK/Leisig

Der stellvertretende GdP-Bundessvorsitzende Jörg Radek betonte den großen Wert von Erfahrung als Rüstzeug und Kompass für die Zukunft.

„ERFAHRUNG GESTALTET ZUKUNFT“

Dem Motto das politische Gewicht geben

Anfang Februar hat die 9. Bundesseniorenkonferenz der Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Weichen für die nächsten vier Jahre Seniorenarbeit gestellt. Zu Beginn gedachten die Delegierten jedoch zunächst den beiden am Vortag in Rheinland-Pfalz ermordeten Polizeibeamten.

Danica Bensmail und Michael Zielasko

Zur Begrüßung und zum eigentlichen Beginn der 9. Bundesseniorenkonferenz ließ der aus Krankheitsgründen nicht an der Veranstaltung teilnehmende sowie scheidende GdP-Bundesseniorenvorsitzende Winfried Wahlig einige einführende Worte vortragen. Darin zog Wahlig auch eine kurze Bilanz seiner achtjährigen Amtszeit. Es sei gelungen, die Stimme der Älteren vernehmbarer zu machen. Angesichts einer älter werdenden Gesellschaft, so Wahlig, sei es weder klug noch gerecht, auf die Erfahrung und das Engagement der Seniorinnen und Senioren zu verzichten. Das gelte nicht nur generell, sondern insbesondere auch für die Gewerkschaften, nicht zuletzt die GdP. Die Seniorengruppe habe vor diesem Hintergrund auch lernen müssen, unbequemer zu werden. Es zeichne jedoch den demokratischen Prozess aus, dass auch die Stimmen gehört und beachtet würden, die sich der Mehrheitsmeinung entzögen. Wahlig zeigte sich überzeugt, dass der neue Vorstand der Seniorengruppe (Bund) diesen Weg konsequent weiter beschreiten und der bestellte Acker von fleißigen Händen weiter bearbeitet werde.

Die aus Gründen der Pandemie nur ein-tägig abgehaltene 9. Bundesseniorenkonfe-



renz der Gewerkschaft der Polizei steckt den künftigen politischen Rahmen der gewerkschaftlichen Seniorenarbeit der nächsten Jahre ab. In mehr als 40 Anträgen erörterten die GdP-Seniorinnen und -Senioren Themen aus den Bereichen Gewerkschafts-, Gesellschafts- und Kriminalpolitik sowie beamten- und versorgungsrechtliche Fragestellungen. Die Mobilität und die Teilnahme am Digitalisierungsprozess waren Schwerpunkte der Beratungen und Beschlussfassungen.

Veränderte Lebenssituation sowie verändertes Altersbild politisch berücksichtigen

Anja Piel, Mitglied des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), stellte in ihrem Grußwort zunächst die Lage der Seniorenpolitik hierzulande dar. Deren Strukturen reichten von aktiven bundesweiten – wie bei der GdP-Seniorengruppe – bis hin zum Fehlen einer zentralen Koordinierung – was das Entwickeln gemeinsamer Positionen erschwere. Warum jedoch eine abgestimmte Seniorenpolitik wichtig sei, erkläre bereits die Zahl lebensälterer Menschen im gewerkschaftlichen Dachverband. Gut 1,2 Millionen DGB-Mitglieder sind Piel zufolge über 65 Jahre alt, und aufgrund der demographischen Entwicklung würden es noch mehr werden. „Es sind auch häufig bisher sehr aktive Kolleginnen und Kollegen, die mit dem Eintritt in die Altersversorgung nicht die Hände in den Schoß legen wollen“ sagte sie und mahnte, dass Politik mit und für Seniorinnen und Senioren eine Querschnittsaufgabe sei, die einem modernen Altersbild entsprechen müsse. Piel: „Das kann nicht nur auf Fragen der Pflege oder Krankheit reduziert werden. Die Gewerkschafterin appellierte an die Arbeitnehmervertretungen, sich an einer Politik für und mit Seniorinnen und Senioren zu beteiligen und voranzutreiben. Dabei sei die veränderte Lebenssituation älterer Menschen und ein verändertes Altersbild zu berücksichtigen.

Piel würdigte die Arbeit älterer Kolleginnen und Kollegen innerhalb der Gewerkschaften. Sie unterstützten selbstverständlich gewerkschaftlichen Kämpfe für bessere Arbeit, Tarif- und bessere Lebensbedingungen. Sie seien zudem ansprechbar, um bei gewerkschaftlichen Beratungsangeboten verschiedenster Art Hilfen zu leisten.

Sie plädierte dafür, deren Wissen und Erfahrungen besser zu nutzen – beispielsweise durch Mentoring-Programme. „Darin können ältere die jüngeren Kolleginnen und Kollegen bei ihrem Berufseinstieg, beim Wechsel des Arbeitsplatzes oder anderen wichtigen Lebensabschnitten unterstützen und beraten“, führte Piel fort. Dazu passe das Konferenzmotto der GdP-Seniorengruppe ganz besonders.

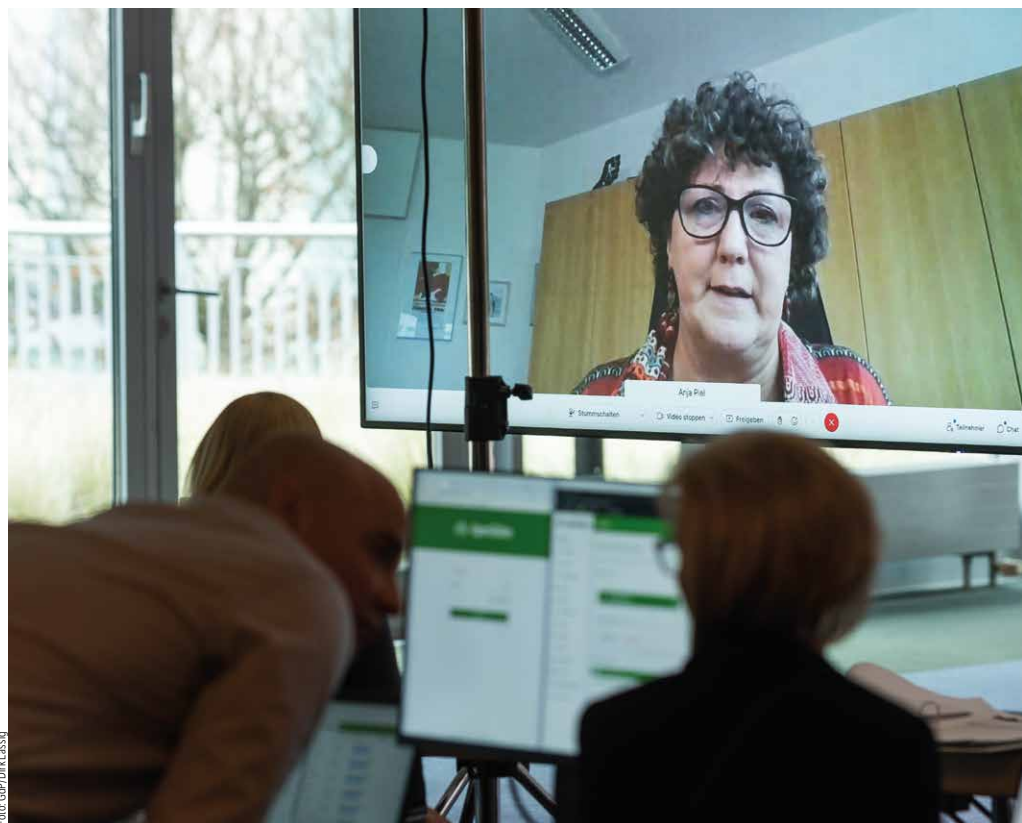
Das DGB-Vorstandsmitglied skizzierte den Delegierten die weiteren seniorenpolitischen Vorhaben des Dachverbandes. Besonders wichtig sei es dem DGB, sich für die Verbesserung der Teilhabe und der Mitgestaltung durch eine gesetzliche Verankerung auf kommunaler und auf der Landesebene einzusetzen. Zudem gehe es unter anderem um Maßnahmen für den wirksamen Abbau der Altersdiskriminierung, einen Digitalpakt für Ältere und eine Verbesserung der Wohnsituation älterer Menschen. Ebenso um Themen wie Mobilität, Innere Sicherheit, Bildung und Weiterbildung, eine ortsnahe Gesundheitsversorgung sowie den Kampf gegen die Ein-

samkeit. „Und das sind ja auch Themen, die Ihr heute in Eurer Antragsberatung auf der Tagesordnung habt“, bekräftigte Piel.

Sie wünsche sich und allen Seniorinnen und Senioren, dass diese Punkte bei der neuen Bundesregierung mehr Berücksichtigung fänden. Piel: „Ich persönlich finde es sehr bedauerlich – oder andersrum gesagt ziemlich skandalös –, dass in dem Koalitionsvertrag die Seniorenpolitik lediglich in knapp acht Zeilen abgehandelt wird.“ Leider habe auch die erste Rede der neuen Ministerin Anne Spiegel im Bundestag dazu nicht mehr beigetragen. Sie werde in den anstehenden Gesprächen mit der neuen Mannschaft im Ministerium da etwas mehr Druck machen, kündigte sie an.

Rüstzeug und Kompass

Zwar hieß das Motto des diesjährigen Bundes seniorenkongresses „Erfahrung gestaltet Zukunft“, doch richtete der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Po-



Anja Piel, Mitglied des DGB-Bundesvorstandes, würdigte die Arbeit der GdP-Seniorengruppe und ermutigte sie, sich weiter so engagiert einzumischen.



Foto: GdP/Dirk Lässig

Digital dabei: Der Bundesvorsitzende Oliver Malchow ermutigte die Seniorinnen und Senioren, sich weiter einzumischen. Deren Themen seien auch die der GdP.

izei (GdP) Jörg Radek seinen Blick zunächst vier Jahre zurück. In seinem Grußwort erinnerte er an die noch unbeschwerten Zeiten vor der Pandemie.

Vor vier Jahren habe sich noch niemand vorstellen können – erst recht nicht wollen –, unter welchen Umständen solche Zusammenkünfte organisiert werden müssten oder ob sie überhaupt stattfinden werden dürfen. „Das gesellschaftliche Leben von heute war die Zukunft vor vier Jahren“, betonte der für die Seniorenpolitik im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand verantwortliche Gewerkschafter. So habe sich in der Folge das Motto der Seniorengruppe als gute Wahl herausgestellt. „Die Seniorenvertretung hat sich trotz dieser Handicaps weiterentwickelt. Durch euren Einsatz, und es ist einzig euer Verdienst.“ Radek würdigte insbesondere die deutlich verbesserte Zusammenarbeit mit dem DGB sowie das spürbare Engagement in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO). Das sei im Wesentlichen einem agilen und motivierten Bundesseniorenvorstand zu verdanken. Angesichts der pandemischen Umstände und Entwicklungen, so stellte der GdP-Vize klar, dürften Seniorinnen und Senioren „nicht die Verlierer im Wettlauf, um die Beseitigung der Folgen der Pandemie werden“. Die Pandemie habe zwar Zeiten der Quarantäne und des Stillstandes hervorgebracht, auch der Wandel innerhalb der Gesellschaft habe Fahrt aufgenommen. Nun diese Entwicklung aktiv zu begleiten und mitzugestalten, statt sie nur hinzunehmen, sei eine attraktive Zukunftsaufgabe. Wer beim Fortschritt jedoch nur in den Rückspiegel schaue und den Blick nicht nach vorne richte, verliere das Ziel aus den Augen. „Unsere Erfahrungen sind unsere Werte, denen wir uns in der Gewerkschaft verbunden fühlen. Sie sind unser Rüstzeug und Kompass, um die Zukunft gestalten zu können“, führte Radek aus.

Eure Themen müssen auch unsere sein

Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow wendete sich per Videoschleife aus Schleswig-Holstein an die Delegierten. „Ihr seid die Vertreter für 35.000 Menschen in unserer Organisation. Die Dinge, die euch bewegen, müssen Thema der Gewerkschaft der Polizei sein“, betonte er. Die Seniorengruppe habe viel erreicht. Das sei nicht zuletzt auch dem großen Engagement der Ehrenamtler zu verdanken. „Wir leben von der Arbeit, die vor Ort geleistet wird, von euch. Ihr seid die, die sich um die Bedürfnisse anderer kümmern, helfend unterstützen und Abhilfe schaffen“, stellte Malchow fest.

Neben der politischen Arbeit auf der Ebene des Vorstandes lebe die GdP vor allem von ihren Netzwerken, dem Engagement und der Ansprechbarkeit ihrer Mitglieder. Dem müsse man Anerkennung zol-

len, betonte der Bundesvorsitzende. Dieses persönliche Engagement der Delegierten erfreue ihn ganz besonders, sagte Malchow. Es bleibe weiterhin wichtig, sich einzubringen, sich einzumischen und mit viel Erfahrung, die Zukunft zu gestalten.“

Gemeinsam nach vorn

In ihrem Grußwort reichte die neue Bundesjugendvorsitzende Jennifer Otto den Delegierten der Bundesseniorenkonferenz die Hand zur Zusammenarbeit: „Erfahrung gestaltet Zukunft. Wir sind die Zukunft. Lasst uns gemeinsam die vor uns liegende Zeit gestalten“, bekräftigte sie. Die Erfahrung der Lebensalter sei wichtig für die jüngere Generation, betonte die Gewerkschafterin. In ihrem Heimatbezirk Rheinland-Pfalz habe man deren Wert erkannt und ein Mentoring-Programm aufgelegt. „Der heute aus seinem Amt scheidende stellvertretende Bundesseniorenvorsitzende Bernd Becker war seinerzeit mein Mentor. Dementsprechend weiß ich, wie wichtig es ist, die Erfahrung der älteren Generation mitzubekommen und mitzunehmen in die neue Zeit“, sagte Otto und bekräftigte: „Das Motto unserer Bundesjugendkonferenz war ‚together‘, also gemeinsam. Und genau so wollen wir leben“, stellte sie klar. Es sei wichtig, voneinander zu lernen und sich zu unterstützen. „Ich freue mich auf den Austausch und die Zusammenarbeit mit der Bundesseniorengruppe.“

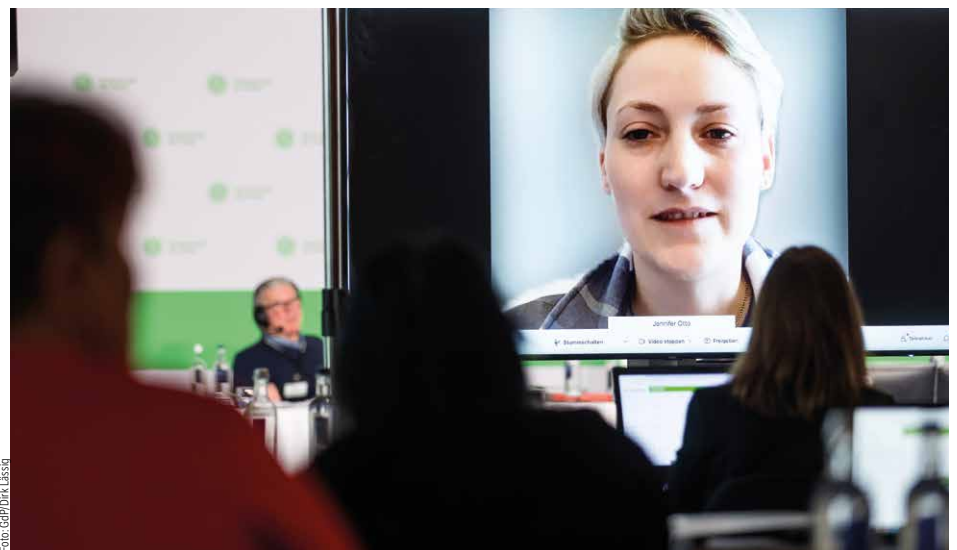


Foto: GdP/Dirk Lässig

Gemeinsam statt einsam: Die Bundesjugendvorsitzende Jennifer Otto reichte den Delegierten die Hand zur Zusammenarbeit.



Gewerkschaft
der Polizei



Das junge Girokonto¹

So leicht kann Banking sein.

- ✓ **Kostenfrei²**
bis zu einem Guthaben von 25.000,- Euro und Ausgabe einer kostenlosen girocard¹
- ✓ **BBBank Banking-App**
Apple Pay, Multibanking-Funktion, Foto-Überweisung und vieles mehr
- ✓ **Weltweit gebührenfrei³**
Geld abheben mit der kostenfreien Visa DirectCard³ (Ausgabe einer Debitkarte)

150,-^{Euro}
Jubiläumsprämie⁴



Jetzt informieren
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon unter 0721 141-0
oder auf www.bbbank.de/gdp



Einfach online abschließen:
www.bbbank.de/gdp

¹Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied ab 18 Jahren. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Gehalt/Bezüge ab Ausbildungsbeginn/Berufsstart. ²Für das Junge Konto wird für die Verwahrung von Einlagen oberhalb des Freibetrages ein Verwahrungsentgelt von 0,5% p. a. erhoben. Der Freibetrag beträgt 25.000,- Euro und wird in Prozent taggenau auf das den Freibetrag übersteigende Guthaben berechnet. ³36 Freiverfügungen am Geldautomaten pro Abrechnungsjahr; jede weitere Verfügung 1,50 Euro. Visa DirectCard (Ausgabe einer Debitkarte) ab 18 Jahren bonitätsabhängig möglich. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres 0,- Euro p. a., danach 18,- Euro p. a., Voraussetzung: BBBank-Junges Konto. ⁴Voraussetzungen: Die Jubiläumsprämie von 150,- Euro setzt sich aus einem befristeten Jubiläumsbonus in Höhe von 100,- Euro und einem unbefristeten Startguthaben für GdP-Mitglieder in Höhe von 50,- Euro zusammen. Voraussetzungen für den Jubiläumsbonus: Eröffnung BBBank-Junges Konto zwischen dem 01.02. und dem 31.03.2022, Neumitglied ab 18 Jahren bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres, keine Mitgliedschaft in den letzten 6 Monaten. Voraussetzungen für das Startguthaben: BBBank-Junges Konto; Genossenschaftsanteil 15,- Euro/Berechtigter Personenkreis Mitglieder der GdP. Die Auszahlung erfolgt in 2 getrennten Buchungen und kann bis zu 4 Wochen dauern.



9. Bundesseniorenkonferenz: Licht, Ton, Strom und Streams. Die Atmosphäre glich einem Fernsehstudio.

PFLEGE, DIGITALISIERUNG, MITBESTIMMUNG

Einmischen – Einbringen – Einfordern

Die Delegierten der 9. Bundesseniorenkonferenz der Gewerkschaft der Polizei (GdP) erörterten und beschlossen eine Vielzahl von Anträgen mit einerseits gesellschafts-, andererseits gewerkschafts- und seniorenpolitischer Tragweite. Sie demonstrierten damit ihre Bereitschaft, Zukunft mit Erfahrung zu gestalten.

Michael Zielasko

Mehr kommunale Unterstützung

So forderten die Delegierten die verpflichtende Einrichtung einer kommunalen Stelle, die Lebensältere beraten und unterstützen solle sowie an Werktagen zu üblichen Zeiten ständig telefonisch erreichbar sei. Diese Funktion könne die Kommune auch an Hilfsdienste auslagern. Die Gewerkschafts-

rinnen und Gewerkschafter zeigten sich zuvor damit unzufrieden, dass manche Personen höheren Alters beispielsweise mit der Anmeldung zu einem Impftermin überfordert gewesen waren. Zwar hätten etliche Kommunen eigens spezielle Telefonnummern für diesen Personenkreis eingerichtet, unter der nach Anruf sowohl die Anmeldung als auch die Organisation des Transportes zum Impfzentrum übernommen wurden.

Andere waren jedoch untätig geblieben und wiesen ihre Zuständigkeit ab. Zunehmend schwieriger werde es auch im eigenen Wohnumfeld. Zudem steigt die Zahl älterer Menschen in Singlehaushalten. Familienverbände, in denen eine Unterstützung Älterer noch funktioniert, dünnen aus. Da jedoch viele Abläufe im privaten wie öffentlichen Bereich mehr und mehr zentralisiert und automatisiert werden, benötigen selbst nicht-pflegebedürftige Seniorinnen und Seniorinnen immer häufiger Unterstützung. Mit hohem Tempo werde jedoch menschliche Hilfestellung wegrationalisiert. Wer dort nicht mehr mitkomme, sei unweigerlich auf Hilfe oder Pflege angewiesen.

Fit für das Digitale

Ältere Menschen sollen fitter für den digitalen Wandel gemacht werden. Dies gelte nicht nur generell, sondern auch für künftige Weiterbildungsoptionen innerhalb der GdP. Die digitale Kompetenz könne verbessert werden, würden beispielsweise Seminare zur Internetnutzung, dem Arbeiten mit dem PC oder Laptop sowie zur Handhabung von Smartphones und Tablets angeboten.

Die Notwendigkeit dieses Beschlusses ergebe sich schlicht aus der Tatsache, dass das Leben in einer immer stärker digitalisierten Welt für die ältere Generation eine besondere Herausforderung darstelle, verdeutlichte der GdP-Bundesseniorenvorsitzende Ewald Gerke. „Man muss ja kein Greis sein, um mit der Inbetriebnahme eines Handys bereits



Anzeichen der Überforderung zu verspüren“, sagte er. Ein großer Teil der älteren Generation verfüge über keine ausreichenden Kenntnisse und solide Erfahrungen mit elektronischen Medien. Dabei böten diese schlanken Geräte hervorragende Möglichkeiten, aktiv an der digitalisierten Welt teilzunehmen. Es kommt Gerk zufolge künftig darauf an, nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben technisch auf dem Laufenden zu bleiben. Angesichts der Wissenslücken und manchem Unbehagen bei der Nutzung digitaler Applikationen seien insbesondere Schulungen wertvoll, um die Scheu abzubauen. Wer diesen Weg gegangen sei, dem falle es wesentlich leichter beispielsweise Beihilfen digital zu beantragen, schneller Versicherungsleistungen zu erhalten, Videosprechstunden zu vereinbaren oder Informationsabfragen bei verschiedenen Versorgungsträgern zu starten.

Interessenvertretung stärken

Seit Längerem auf der Agenda der GdP-Seniorinnen und -senioren ist die Stärkung der Mitbestimmung, der Mitwirkung und der Interessenvertretung Lebensälterer hierzulande. Trotz allem erkennbaren Bemühen sowie der guten Lobbyarbeit seitens der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) bleibt den Delegierten zufolge eine gesetzliche Rahmenregelung hierzulande unmittelbar notwendig. Begründet wird diese Forderung unter anderem mit Artikel 25 der Europäischen Grundrechtecharta, die klarstellt: „Die Union anerkennt und achtet das Recht älterer Menschen auf ein würdiges und unabhängiges Leben und auf Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben.“ Al-

lein schon der demografische Fakt einer älter werdenden Gesellschaft führe an mehr Beteiligung und Berücksichtigung nicht mehr vorbei. „Derzeit wird mehr über ältere Menschen entschieden als mit ihnen“, unterstrich Gerk, der eine zeitnahe Wende und das Installieren einer eigenständigen, verbands- und parteipolitisch sowie konfessionell unabhängigen Interessenvertretung der Seniorinnen und Senioren auf allen Ebenen forderte. Dort agieren sollen laut dem Bundesseniorenvorsitzenden Menschen, die die „60“ bereits überschritten hätten. Genug zu tun, gäbe es, denn die Forderungen älterer Menschen an die Gesellschaft und die Politik bezögen sich auf ein selbstbestimmtes Leben, eine gute wohnortnahe Gesundheitsversorgung und -vorsorge, die bezahlbare Pflege, ein barrierefreies und preiswertes Wohnen sowie Möglichkeiten, sich gut und barriere-

ANZEIGE



ERLEBEN, WAS VERBINDET.

Bundesweit im Einsatz. Genau wie wir.

Ab sofort profitieren Sie und Ihre Familienangehörigen von tollen Angeboten und exklusiven Vorteilen der Telekom.¹

Ihre
Vorteilsnummer
MA053

Zum Beispiel mit dem
Apple iPhone 13
mit 128 GB, in allen Farben.



iPhone 13

¹) Das Angebot ist gültig für Neu- und Bestandskunden bei einer Vertragsverlängerung mit einem Tarifwechsel in einen aktuellen Business Mobil Tarif. Angebot gilt solange der Vorrat reicht. Änderungen und Irrtum vorbehalten. Gültig für Berechtigte im Rahmenvertrag MA053. Es gelten die AGB der Telekom Deutschland GmbH unter www.telekom.de/agb. Ein Angebot von: Telekom Deutschland GmbH, Landgrabenweg 151, 53227 Bonn.

Informieren lohnt sich

Mitarbeiter-Service-Hotline: 0800 3300 34531

E-Mail: rv-mitarbeiterangebote.gk@telekom.de

Nennen Sie bei allen Kontakten Ihre Vorteilsnummer: MA053

Mitarbeiter-Online-Shop: www.telekom.de/ma053-mitarbeiterangebot

Deutschlandweit in allen Telekom Shops, Terminvereinbarung unter: www.telekom.de/terminvereinbarung



Mitarbeiter-Online-Shop

In Kooperation mit





Auch diese Erfahrung hilft Zukunft gestalten: Die digitale Antragsberatung war für viele Delegierte ein ungewohntes Erlebnis.

frei in allen öffentlich zugänglichen Bereichen und im privaten Umfeld bewegen zu können. Angestrebt würden weiter gute und erreichbare Bildungsangebote, diverse Kommunikationsmöglichkeiten, die Bildung von Netzwerken und der Schutz gegen die Altersdiskriminierung. Nach Informationen der Seniorengruppe (Bund) gibt es bisher in Hamburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen sogenannte Seniorenmitbestimmungsgesetze, in den anderen Ländern dagegen klafft eine Lücke.

Altersarmut bekämpfen

Auf die Fahnen geschrieben hat sich die Seniorengruppe (Bund) die Bekämpfung der Altersarmut. Dafür, dass es sie immer noch gebe, machten die Delegierten die aktuelle Rentengesetzgebung verantwortlich. Abhilfe solle eine den Lebensstandard sichernde Rente schaffen. Angeführt wurde, dass das Rentenniveau 2005 noch bei 52,6 Prozent gelegen habe. Gemäß Paragraf 154 Absatz 3 Sozialgesetzbuch (SGB) VI soll es jedoch bis 2030 auf 43 Prozent gesenkt werden. Gerk: „Diese Reduzierung trifft insbesondere Menschen, die sich eine private Vorsorge nicht leisten konnten, und das sind zunächst diejenigen mit geringen Einkommen, jedoch auch alle, die für längere Zeit in Teilzeit beschäftigt waren.“ Die Rente müsse, so stellte der Gewerkschafter klar, umlagefinanziert bleiben. Es gehe nun darum, die staatliche „Riester“-Förderung aus Zulagen und Steuervorteilen zugunsten eines höheren Rentenniveaus abzuschaffen.

Bezahlbare Pflege

Mit Blick auf die Pflege forderten die erfahrenen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter eine Änderung bei der gesetzlichen Pflegeversicherung. Es müssten Regelungen geschaffen werden, die neben der erschwinglichen Pflege in entsprechenden Einrichtungen auch die bezahlbare „24-Stunden-Pflege“ in den eigenen vier Wänden ermöglichen. So habe das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 24. Juni 2021 für die Betroffenen in der häuslichen Pflege eine prekäre finanzielle Situation geschaffen, die „unverzögerlicher Abhilfe“ bedürfe. Das Gericht hatte entschieden, dass für „entsandte Beschäftigte in der häuslichen Seniorenbetreuung“ der hierzulande gültige gesetzliche Mindestlohn zu zahlen sei – und zwar auch für Bereitschaftszeiten in der üblicherweise stattfindenden „24-Stunden-Pflege“. Die „Rund-um-Sorglos-Pflege“ gehe derzeit überwiegend zu Lasten der dort Beschäftigten, da bisher nur ein Bruchteil der Arbeitszeit vergütet werde, die tatsächlich gebraucht würde, um das den zu Pflegenden gegenüber abgegebene Versprechen einer dauerhaften Betreuung auch tatsächlich zu gewährleisten. „Unter dem Strich ist die häusliche Pflege, also außerhalb von noch teureren Pflegeeinrichtungen, so für viele kaum noch zu stemmen“, führte der Bundesseniorenvorsitzende an. Die Dimension des Problems sei gewaltig, da rund zwei Drittel der hierzulande betroffenen Menschen vor Ort gepflegt würden. Um eine „echte“ Pflegereform komme man daher nicht herum. Diese müsse zusätzlich zu den Pflegeleistungen den in vielen Haushal-

ten bestehenden Bedarf an hauswirtschaftlicher Unterstützung abdecken. Die Delegierten mahnten eine dringende Umsetzung ihrer Forderung an. Erkennbar sei eine kontinuierliche Nachfrage nach „irgendwie bezahlbarer Pflege“. Wenig empfehlenswert wäre es jedenfalls, als letzten Ausweg illegale Verhältnisse zu erwägen.

Besoldungsunterschiede aufheben

Als Fehlentwicklung bewerten die GdP-Seniorinnen und -senioren die weiterhin bestehende Öffnungsklausel, mit der die Länder unter anderem die Besoldung ihrer Beamtinnen und Beamten selbst regeln dürfen. In diesem Fall sei der Weg zurück der richtige. Es müsse zu dem vor der Einführung der Klausel bestehenden Zustand zurückgekehrt werden. Harsch kritisiert wurde insbesondere die zunehmende Besoldungslücke, die sich zwischen den beamteten Polizeibeschäftigten auftue. Hierzulande bestünden mittlerweile große Unterschiede. Gerk: „Es ist doch kaum vermittelbar, dass ein Beamter in dem einen Land deutlich mehr überwiesen bekommt als seine Kollegin, die zwar den gleichen Aufgabenbereich im gleichen Dienstrang abdeckt, jedoch dies nur ein paar Kilometer weiter in einem anderen Bundesland tut.“ Das sei erstens nicht gerecht und zweitens ein echtes Manko bei der seit einiger Zeit sowieso schon nicht mehr so leichten Gewinnung qualifizierten Nachwuchses. „Das verschafft Bundesländern mit höheren Besoldungen ungerechtfertigte Vorteile“, bekräftigte der Bundesseniorenvorsitzende. Es sei ärgerlich, dass dieser unnötige Zustand bei den Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes in den Ländern mit geringerer Vergütung den Eindruck hervorrufen könne, dass ihre Leistungen geringschätziger bewertet und geachtet würden.

Versorgung bundesweit angleichen

Einen damit vergleichbaren Missstand erkennen die Delegierten bei der Versorgung. Auch diese müsse bundesweit vereinheitlicht werden – und zwar auf dem bestmöglichen Niveau.

Durch die Föderalismusreform von 2006 war die bis dahin einheitlich in Bund und Ländern geregelte Versorgung der Beamtinnen und Beamten aufgegeben und den Ländern die Möglichkeit eingeräumt worden, eigene Versorgungsgesetze zu erlassen. Darüber hinaus wirke die unterschiedliche Entwicklung der Besoldung von Bund und Ländern im Ruhestand fort. „Unter dem Strich ist das Ruhegehalt durch unterschiedliche Besoldungstabellen, die unterschiedliche Ruhegehaltsfähigkeit von Zulagen, die unterschiedliche Zahlung von Sonderzuwendungen und durch die Absenkungen der Versorgung nicht mehr vergleichbar“, zählte Gerk auf. Da im Ruhestand aber weder eine Residenzpflicht höhere Lebenshaltungskosten begründe noch Arbeitszeitregelungen Einfluss auf das Einkommen hätten, sei eine bundeseinheitliche Versorgung die „einzig gerechte Lösung“.

„Scheidungs-lücke“ beseitigen

Eine Versorgungslücke identifizierten die GdP-Seniorinnen und Senioren bei geschiedene Polizeibeamtinnen und -beamten bei Eintritt in den Ruhestand bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter. Die derzeitigen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches, des Beamtenversorgungsgesetzes und des Versorgungsausgleichsgesetzes führten dazu, dass Kolleginnen und Kollegen, die nach einer Scheidung aufgrund des Versorgungsausgleichs einen Versorgungsanspruch haben, diesen erst mit Eintritt des gesetzlichen Renteneintrittsalters (Regelaltersgrenze) erhielten, also je nach Geburtsjahrgang zwischen dem 65. und 67. Lebensjahr. Durch den Eintritt in den Ruhestand mit Erreichen des 62. Lebensjahres aufgrund der besonderen Altersgrenze für den Polizei-

vollzugsdienst entstehe jedoch eine Lücke in der Versorgung, die bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter anhalte. Die aus dem Versorgungsausgleich resultierende Rente werde nämlich erst mit dem Erreichen der Regelaltersgrenze gezahlt.

In dieser Zeitspanne von drei bis fünf Jahren seien insbesondere Polizeibeamtinnen von den finanziellen Folgen dieser Versorgungslücke betroffen, da ihre Berufszeiten, die die Grundlage der Berechnung der Versorgungshöhe bilden, nicht selten von Erziehungszeiten, Beurlaubungen und Teilzeitphasen unterbrochen würden. Entsprechend gering falle dann die Höhe der Versorgung aus, die Versorgungslücke vergrößere sich und könne durchaus existenzbedrohende Auswirkungen annehmen. „Dieser Form der Benachteiligung erteilen wir als GdP-Seniorengruppe eine klare Absage“, führte Gerk aus. ■

ANZEIGE

TOP ANGEBOTE, TOP PREISE!

Polizeiautohaus.de

Konditionen kurz vor kriminell



Besucht uns auf der Website
www.polizeiautohaus.de.

Autos online kaufen zu
exklusiven GdP-Konditionen!



Audi

SEAT

CUPRA

SKODA

Nutzfahrzeuge



GdP-Plus Partner



Innenleben



Foto: GdP/DP/IK Lässig

Der neue Bundesseniorenvorsitzende Ewald Gerke (r.) mit seinem Team, Gundula Thiele-Heckel (stellvertretende Bundesseniorenvorsitzende) sowie Uwe Petermann (stellvertretender Bundesseniorenvorsitzender), H. Werner Fischer (Schriftführer) und Volker Huß (stellvertretender Schriftführer) konnten an der Veranstaltung leider nicht in Präsenz teilnehmen.

FRISCH GEWÄHLT

Zurückblicken, ohne die Zukunft zu verpassen

Kaum ist die Gratulationscour für den neuen Vorsitzenden der Seniorengruppe (Bund) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) vorüber, beginnt bereits dessen Arbeit. Für Ewald Gerke, dem wir an dieser Stelle die besten Wünsche für sein neues Amt überbringen, bedeutet dies ein DP-Gespräch über Nervendes, Nachhaltiges und Notwendiges.

Michael Zielasko

DP: Lieber Kollege Gerke, worauf möchtest Du mit Stolz zurückblicken, wenn Du irgendwann in fernerer Zukunft Dein Amt als Bundesseniorenvorsitzender weitergibst?

Ewald Gerke: Auf den nachhaltigen Fußabdruck, den ich hoffentlich hinterlassen habe.

DP: Ist man eigentlich erst mit dem Renten- oder Pensionseintritt Seniorin oder Senior?

Gerke: Das lässt sich nicht eindeutig beantworten. In der Arbeitswelt werden Beschäftigte in der Regel schon ab 45 plus mit dem Seniorentitel belegt. Ab diesem Zeitpunkt finden sie auch schwieriger einen neuen Job. In Marketingstudien ist das Alter von 50 Jahren schon ausreichend für das Seniorensiegel, im Gesundheitsbereich jedoch erst zwanzig Jahre später, also mit 70. Im Sport ist es am krassesten, da beginnen die Seniorenklassen oftmals schon ab dem 30. Lebensjahr. (lacht)

Weiter auf Seite 21 →

DP: Und in der GdP?

Gerke: Formal ist man nach Eintritt in den Ruhestand Mitglied der GdP-Seniorengruppe. Das Lebensalter ist dabei nicht ausschlaggebend. Ich möchte an dieser Stelle jedoch betonen, dass die Bezeichnung Seniorin oder Senior für mich grundsätzlich etwas Wertvolles darstellt. Dahinter verbirgt sich meist viel Lebenserfahrung, reiches Wissen und allerlei Fertigkeiten.

DP: Was nervt Dich bei der Seniorenpolitik am meisten?

Gerke: Dass mehr über, als mit den Seniorinnen und Senioren entschieden wird. Lebensältere Menschen haben klare Vorstellungen, Wünsche und berechnete Ansprüche an ihren aktuellen Lebensabschnitt. Deshalb halte ich es für immens wichtig, dass man ihnen ein Mitspracherecht bei der Gestaltung der vor ihnen liegenden Zeit einräumt und sie verantwortlich an Entscheidungsprozessen beteiligt. Tagtäglich erleben wir leider das Gegenteil. Man billigt den Seniorinnen und Senioren weder Mitsprache noch Mitgestaltungsrecht zu.

DP: Was willst Du mit Deinem Vorstand als Erstes angehen?

Gerke: Es gibt aus Sicht der Seniorengruppe und damit aus Sicht des Bundesseniorenvorstandes viele Baustellen. Ob das jetzt die Seniorenmitwirkung auf allen politischen Ebenen ist, die Diskriminierung aufgrund des Alters oder das aktive Einbringen und das Mitgestalten der Gesellschaft. Das sind Dauerbrenner örtlicher und auch überörtlicher GdP-Seniorenarbeit.

Auch gewerkschaftsintern ist der Aufgabenzettel vollgeschrieben. Da gibt es Themen, die dringend angegangen werden müssen.

DP: Welche?

Gerke: Sobald es die Corona-Situation zulässt, werden wir in einer Klausurtagung



Glückwunsch: GdP-Vize Jörg Radek (l.) gratuliert dem neuen Bundesseniorenvorsitzenden Ewald Gerke.

des Bundesseniorenvorstandes die Auswahl der Themen und deren Priorisierung erörtern und die erforderlichen Mittel zur Umsetzung beim Bundesvorstand beantragen. Darüber wird in den GdP-Medien noch viel zu lesen sein.

DP: Was kannst Du schon jetzt sagen?

Gerke: Die Seniorenarbeit muss dezentraler werden. Nach meinen Vorstellungen ist es zwingend geboten, dass der Bundesseniorenvorstand regional tagt und dabei die jeweiligen Landesseniorenvorstände einbezieht. Dadurch wird der sogenannten Basis

Gehör verschafft. Besonders am Herzen liegt es mir, während der Wahlperiode wenigstens einmal an jeder Landes- und Bezirksseniorenvorstandssitzung teilzunehmen.

DP: Was wollt Ihr tun, um der Stimme der Lebensälteren mehr Gehör zu verschaffen?

Gerke: Das haben wir in unserem diesjährigen Konferenzmotto „Erfahrung gestaltet Zukunft – einmischen – einbringen – einfordern.“ klar und deutlich benannt. Um erfolgreich zu sein, halten wir es jedoch für erforderlich, dass sich unsere Gewerk-

ANZEIGE



**WO WIR SIND
IST URLAUB**

FENDT
CARAVAN

Infos unter
www.fendt-caravan.com



H. Werner Fischer, erneut bestätigter Schriftführer des Geschäftsführenden Bundesseniorenvorstandes, hatte sich digital eingeklinkt.

schaftsmitglieder unterstützend beteiligen. Jede und jeder ist in der Lage, einen wertvollen Beitrag zu leisten. In Anlehnung an ein berühmtes Zitat des ehemaligen US-Präsidenten John F. Kennedy könnte man sagen: „Frage nicht, was die GdP für dich tun kann, frage, was Du für die GdP tun kannst!“. Wenn viele, noch besser alle, diesen Leitsatz beherzigen, kann man die Stimme der Lebensälteren nicht mehr überhören.

DP: Du hast das Kongressmotto angesprochen. Keine gute Zukunft ohne das Beimengen solider Erfahrung?

GerK: Aus Prinzip ja. Zukunft benötigt immer Erfahrung. Nur wer Erfahrung hat, kann nachhaltige Zukunftsprozesse anschieben. Dass bei uns Erfahrung fast immer mit einem höheren Lebensalter gleichgesetzt wird, halte ich jedoch für falsch. Jeder Mensch verfügt über einen, seinen Erfahrungsschatz. Diese enormen Werte sollten wir, wenn nicht sogar müssen, für das Kommende entsprechend einsetzen.

DP: Der aktuelle deutsche Bundestag ist mit rund 47,5 Jahren so jung wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Ein schlechtes Zeichen für die Seniorenpolitik?

GerK: Nein! Mit jeder Generation kann man über die Gestaltung der Zukunft sprechen. Die Seniorinnen und Senioren müssen nur ihre Probleme aufzeigen und benennen. Nebenbei bemerkt, der neugewählte Geschäftsführende Bundesseniorenvorstand ist an Lebensjahren der Jüngste, den es in der GdP je gab.

DP: Gibt es in der Polizei genügend Angebote für einen gelungenen Ausstieg?

GerK: Bei weitem nicht! Es scheint an vielen Stellen in der Polizei kein wirkliches Interesse zu bestehen, für einen begleiteten Übergang in die Zeit nach dem Beruf zu sorgen. Und auch danach gibt es selten Ansprechkontakte in den Polizeidienststellen. Von wegen Fürsorgepflicht. Gäbe es nicht die GdP, hätten die Kolleginnen und Kollegen oft keine Hilfe in dieser Berufs- und Lebensphase.

DP: Wie hast Du Deinen eigenen Ruhestand vorbereitet?

GerK: Einige Jahre davor schon stand für mich fest, dass ich mich im Ruhestand aktiv in die GdP-Seniorenarbeit einbringen möchte. Das ist aber nicht alles. Wichtig für



Volker Huß, zum stellvertretenden Schriftführer neu in den Geschäftsführenden Bundesseniorenvorstand gewählt, mit digitalem Redebeitrag.

mich war es auch, dass ich mich positiv aus dem aktiven Polizeidienst verabschiedete. Bei der Abschiedsfeier gehörten meine Familie und die mir nahestehenden Kolleginnen und Kollegen dazu. Ansonsten hatte ich nicht viel geplant.

DP: Und wie lief es?

Gerik: Das tatsächliche Ankommen war die erste Aufgabe. Die zweite, sich aktiv mit der Gestaltung des neuen Lebensabschnitts zu beschäftigen. Das ist mir sehr gut gelungen. Die von den Seniorengruppen durchgeführten Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“ sind dabei übrigens sehr hilfreich.

DP: Sehnt Du Dich nach analogeren Zeiten zurück oder ist der digitale Prozess eher Chance als Hürde?

Gerik: Den digitalen Prozess müssen wir als Chance begreifen. Durch ihn können wir

ein Vielfaches an Wissen und Informationen vorrätig halten und abrufen. Auch mit einem „Click“, Informationen an eine Vielzahl von Mitgliedern zeitgleich senden zu können, ist ein großer Vorteil. Gleichzeitig ist jedoch große Sorgfalt geboten. Im Laufe dieses Prozess sollte keine Frustration oder Ablehnung bei den Mitgliedern entstehen. Parallel dazu dürfen wir das Analoge nicht aus den Augen verlieren. Nicht alle sind im Ruhestand willens und bereit, die Nutzung digitaler Medien mit der gleichen Intensität wie im Berufsleben in den Mittelpunkt zu stellen.

DP Warum ist es wichtig, dass Beschäftigte nach ihrem Ruhestand ihren Gewerkschaften treu bleiben?

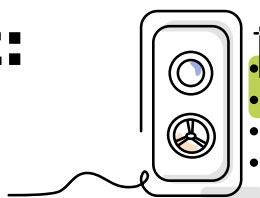
Gerik: Vordringlich ist, dass alle Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert sind. Gewerkschaften sind die einzigen Organisatio-

nen, die sich für die Beschäftigteninteressen nachhaltig einsetzen und stark machen. Wer glaubt, dass er mit Beginn des Ruhestandes die Solidargemeinschaft unserer GdP nicht mehr braucht, der wird schnell merken, wie einsam man ist und mit seinen Problemen und Anliegen allein dasteht. Die GdP-Satzung bringt es doch auf den Punkt. Ich zitiere: „Die GdP vertritt die beruflichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Interessen der Beschäftigten und ehemals Beschäftigten der Polizei. Sie erstrebt insbesondere die Verbesserungen der allgemeinen Arbeits- und Lebensbedingungen sowie des Beamten- und Arbeitsrechts.“ Mehr ist wohl nicht notwendig, um die Notwendigkeit einer lebenslangen GdP-Mitgliedschaft zweifelsfrei zu verdeutlichen.

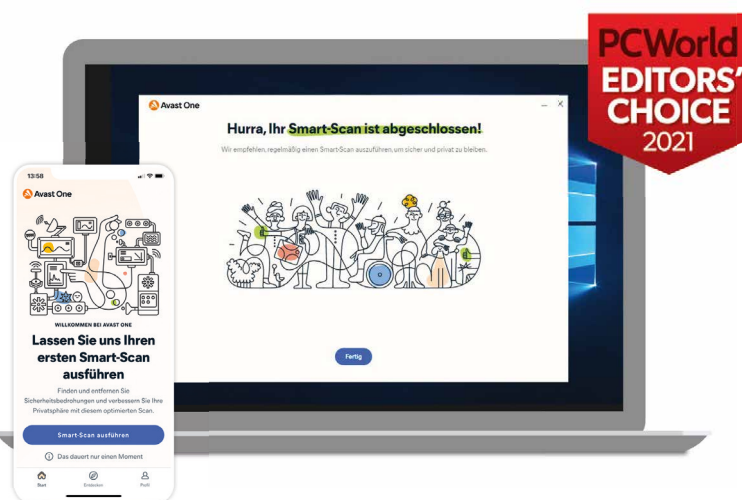
DP: Vielen Dank für das Gespräch.

ANZEIGE

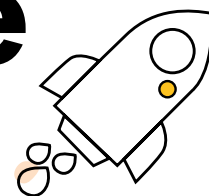
Dein Cyber-Schutz: Bunker



GdP-Plus Angebot:
75%
Rabatt für Mitglieder & Familie



Dein Smartphone: Rakete

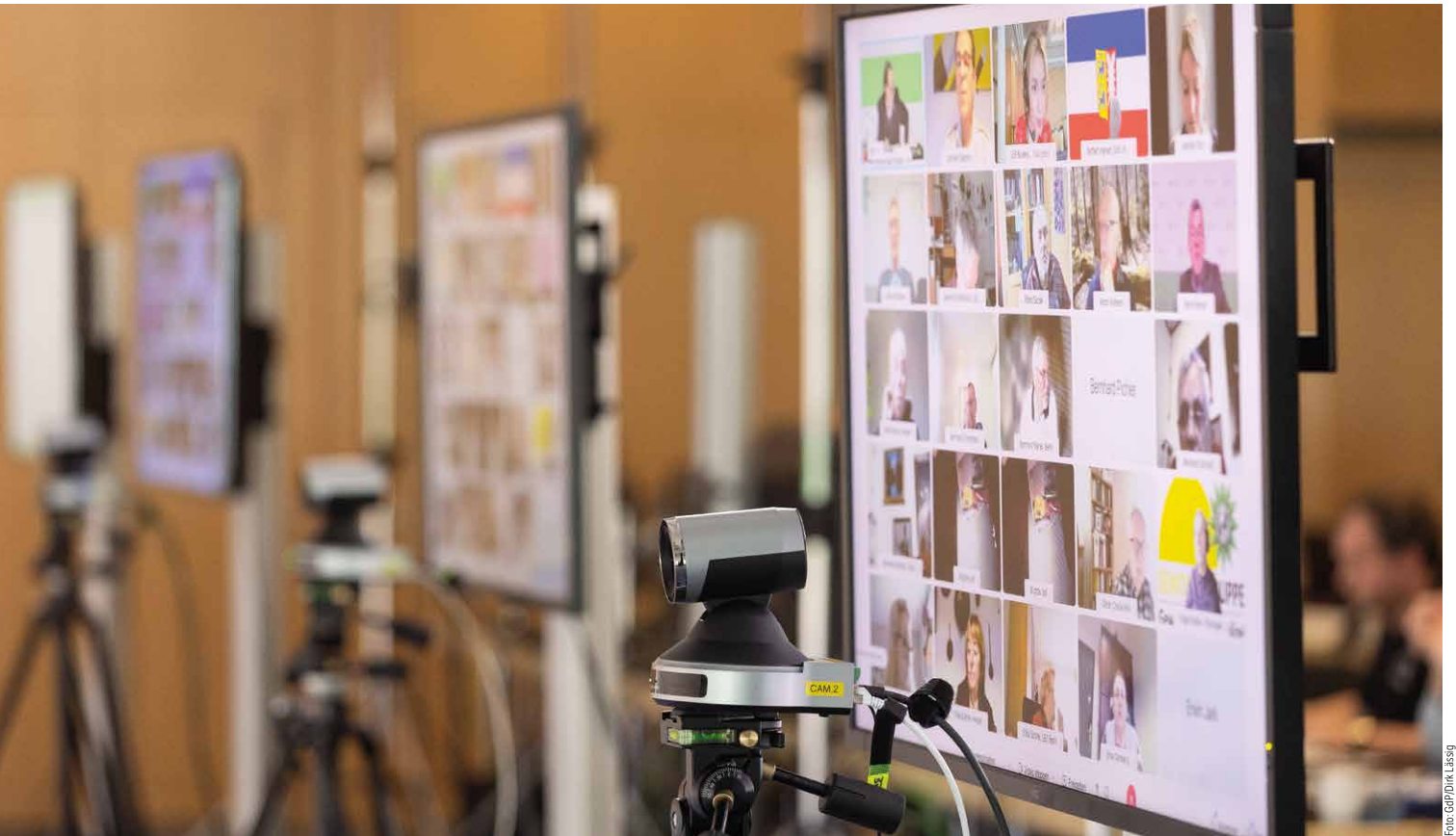


Sicherheit, Privatsphäre & Performance in One.



Wir schützen die digitale Freiheit für alle.

* Das Angebot ist gültig bis zum 31.01.2023 über den angegebenen Link und beinhaltet Avast One Individual für das erste Jahr als Download für bis zu 5 Endgeräte (PC, Mac, Android und iPhone/iPad). Es können zusätzliche Kosten für den Download durch den jeweiligen Internetanbieter entstehen. 2022 Copyright Avast Deutschland GmbH.



ZUKUNFTSWEISENDE MOBILITÄTSWENDE IM BLICK

Mit einem Ticket aus jedem Dorf zu jeder Haltestelle hierzulande

Einen Schwerpunkt setzten die Delegierten der 9. Bundesseniorenkonferenz mit einer einmütig verabschiedeten EntschlieÙung zur künftigen Mobilität in der Gesellschaft hierzulande. Diese müsse vollkommen neu überdacht werden.

Michael Zielasko

Mobilität sei für viele Menschen – und gerade im Alter – ein wichtiger Bestandteil selbstbestimmten Lebens, erklärten die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Sie sei notwendig insbesondere für das Verwirklichen gesellschaftlicher und persönlicher Ziele. Zu lange sei jedoch auf den individuellen Autoverkehr gesetzt worden. Diesem waren die Verkehrsflächen in den Städten und Gemeinden angepasst und entsprechend ausgebaut worden. Umweltaspekte und Perspektiven mit Blick auf künftige Verkehrsbedarfe und -erfordernisse hätten eine untergeordnete Rolle gespielt – und würden es noch. Es sei an der Zeit, den Verkehrsraum einer nachhaltigen, kritischen und an die Bedarfe der Menschen angepassten Betrachtung zu unterwerfen, verdeutlichten die Delegierten. Umweltaspekte allein genügten, um festzustellen, dass der grenzenlose Verbrauch von Landschaftsflächen nicht mehr angezeigt sei. „Fußgehenden, Radfahrenden sowie dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sollte alsbald Vorrang eingeräumt werden“,

mahte der Bundesseniorenvorsitzende Ewald Gerk an.

Mehr vom Gehweg

Nach Auffassung der Delegierten benötigen Fußgängerinnen und Fußgänger spürbar mehr Platz. Der sei derzeit zu gering bemessen, zumal diese Verkehrswege noch zusätzlich von Kindern, Familien mit Kleinkindern, älteren und behinderten Menschen oder Personen, die auf eine unterstützende Gehhilfe wie einen Rollator angewiesen seien, genutzt würden. Wichtig sei, potenzielle Unfallrisiken zu minimieren. Dabei sei ein schützender Abstand zu benachbarten Verkehrsflächen unabdingbar. Zu beachten seien ebenso die Bedürfnisse der innerstädtischen Gastronomie oder des Einzelhandels.

Diese sorgten für eine künstliche Verknappung des an vielerlei Stellen knapp bemessenen Raumes. Verbindlich müsse jedoch bleiben, dass der sogenannte Bürgersteig weitgehend den Fußgehenden vorbehalten bliebe. Einschränkungen diesbezüglich sollten „absolute Ausnahmefälle“ darstellen.

Zweirad-Vielfalt

Auch der zunehmenden Nutzung verschiedenster Fahrräder müsse zeitnah mit anhaltend wirksamen Verkehrskonzepten begegnet werden. Vor allem motorunterstützte Gefährte, Lastenräder, Räder mit Anhängern, jedoch auch E-Scooter und weitere Fortbewegungsmittel spielten im täglichen Verkehrsgeschehen eine immer größere Rol-

le. Fahrräder für Menschen mit Einschränkungen stellten zusätzliche Anforderungen an den Platzbedarf und die Barrierefreiheit von Radwegen. Gerk: „Wichtig ist es, dass zwischen Fahrbahn und Radweg sowie zwischen Radweg und Fußweg keine Parkflächen vorhanden sind.“ Für den zunehmenden Anlieferverkehr beispielsweise durch Paket- und Bringdienste sollten auch gesonderte Haltezonen eingerichtet werden.

Autoverkehr zurückfahren

Hart ins Gericht gingen die Delegierten mit dem Kraftfahrzeugverkehr. Diesem sei bisher – vor allem innerorts – eine zu große Bedeutung beigemessen worden. „Gerade bei mehrspurigen Straßen sollte präzise geschaut werden, ob diese tatsächlich noch

ANZEIGE

#einfachsicherer

Einfach sicherer helfen und schützen.

Reduzieren Sie das Infektionsrisiko für Ihre Kolleg:innen. SteriWhite Air-Luftentkeimer der Dr. Hönle AG inaktivieren Viren und Bakterien bis zu 99,99 %.



SteriWhite Air

Sehr leise, hoch wirksam, praktisch wartungsfrei



Jetzt informieren:

einfach-sicherer.de/polizei

hönle
uv-technology

Alles für Dich drin!

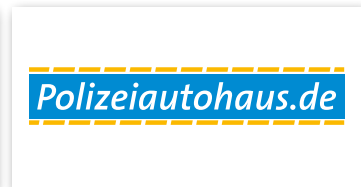


Das GdP-Plus Partner-Programm

Unser exklusives Vorteilsprogramm für Dich als GdP-Mitglied und Deine Familie. Wir bieten Dir gemeinsam mit unseren starken GdP-Plus Partnern große Vorteile in Form besonders attraktiver Angebote*.

Jetzt einloggen und Vorteile checken!

www.gdp.de/GdP-Plus



Hast Du Fragen oder Anregungen?
Dann schreib uns eine E-Mail oder ruf an.
Reinhard Kaufmann hilft Dir gerne weiter.
E-Mail gdp-plus@gdp.de
Telefon 0211 7104 250

*Bitte beachtet hierbei, dass Euer Vertragspartner das jeweilige Unternehmen ist!





Über 40 Anträge beraten: die Verhandlungsleitung auf der digital-analog Kommandobrücke.

notwendig sind“, unterstrich der GdP-Bundesseniorenvorsitzende. Dem Auto weiterhin einen „absoluten Vorrang einzuräumen“, hieße zurückzublicken. Das spiegle die bereits seit Längerem in Gang gekommene Debatte um die Verteilung der Verkehrsflächen nicht wider. Doch nicht nur fahrende Autos gehörten auf den Prüfstand, dies gelte auch für das Abstellen der Fahrzeuge. Der Resolution zufolge sollen daher Parkflächen auf das notwendige Maß reduziert werden. Aufgefangen werden soll diese Einschränkung durch eine deutlich bessere Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Unumgänglich seien daher ausreichende Park-and-Ride-Plätze, insbesondere an den Stadt- und Ortsrändern.

Besser mit Bus und Bahn

Aus der Perspektive lebensälterer Menschen wird dem ÖPNV naturgemäß ein höherer Stellenwert beigemessen. Dem wollen die GdP-Seniorinnen und -Senioren mit trag- und zukunftsfähigen Konzepten begegnen. „Da läuft hierzulande schon viel in die richtige Richtung. Zielgenaue Anpassungen, die

dem zunehmend individualreduzierten Verkehr in Städten und Gemeinden Rechnung tragen, fehlen jedoch noch.“ Als Idealvorstellung schwebt den GdP-Seniorinnen und -senioren eine enge Taktung sowie eine attraktive Fahrpreisgestaltung für Lebensältere, Familien, SchülerInnen und Schüler und Studierende, im besten Falle gar eine kostenfreie Nutzung, vor. Dabei seien Fehler der Vergangenheit zu vermeiden. Denn nicht die finanzielle Potenz einer Kommune sollte über die Qualität der ÖPNV-Versorgung entscheiden. Gerke: „Das müssen wir schon einige Nummern höher hängen. Der ÖPNV als wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge darf nie und nimmer betriebswirtschaftlichen Aspekten unterworfen sein.“

Angesichts künftiger Verkehrslagen werde vor allem der regionale ÖPNV eine Schlüsselrolle spielen. In den Großstädten liefen Bus und Bahn schon ganz gut, in ländlichen oder kleinstädtischen Bereichen habe der Nahverkehr jedoch noch reichlich Potenzial. Unterstützen könnten – und dies schon sehr bald – sogenannte Bürgerbusse. Voraussetzung dafür sei jedoch unter anderem das Engagement ehrenamtlicher Busfahrerinnen und Busfahrer als wesentliche Grundlage für eine solche interkommunale

Verkehrsversorgung. „Wir haben dazu das Leitbild ‚Anbindung für jedes Dorf im Stundentakt‘ entwickelt. Am besten so schnell wie möglich. Dagegen hätten wir nichts einzuwenden.“

Schließlich schauten die Delegierten auch auf den überregionalen Reiseverkehr. Ältere Menschen, teils bis in hohe Alter, wollten noch reisen. Natürlich! Es könne dann doch nicht sein, dass sie an Hürden scheiterten, die für Jüngere leicht zu überwinden seien oder sie diese erst gar nicht als solche wahrnahmen, sondern eher als Erleichterung empfänden, zum Beispiel das digitale Bestellen von Fahrkarten. Dazu komme eine oft schlechte Anbindung des Bahnhofes an den ÖPNV. Viele Seniorinnen und Senioren würden zwar gern auf die Fahrt mit dem eigenen Pkw verzichten! Die Frage ist nur, können sie?

Mit einem Ticket aus jedem Dorf zu jeder Haltestelle in Deutschland, sei daher der dringende Appell an die politischen Entscheider, bekräftigte Gerke. „Das kann doch im digitalen Zeitalter keine unrealistische Forderung sein. Eine bundes- und im Ausbau EU-weite Mobilitätsgarantie mit einem Monats- oder Jahresticket muss doch Wirklichkeit werden können.“ ■

Manfred Pfaff

Ordnungswidrigkeitenrecht für Polizei, Ordnungsbehörden und Verwaltung

1. Auflage 2021

Umfang: 192 Seiten / **Format:** 13 x 19 cm Broschur

Preis: 20,00 € [D] / **ISBN:** 978-3-8011-0893-9

Komprimiert und auf die wesentlichen Aspekte ausgerichtet, behandelt dieses Lehrbuch das Ordnungswidrigkeitenrecht, wie es in den Studiengängen für den Polizeivollzugsdienst und für den Verwaltungsdienst gelehrt wird. Bei dem Aufbau und den Inhalten des Buches orientiert sich der Autor dabei am Curriculum der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW.



DER AUTOR

Dr. Manfred Pfaff ist Lehrbeauftragter für Eingriffsrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht.

Frank Braun

Staatsrecht für Polizeibeamte

1. Auflage 2019

Umfang: 222 Seiten / **Format:** 13 x 19 cm Broschur

Preis: 18,00 € [D] / **ISBN:** 978-3-8011-0861-8

Dieses Lehrbuch behandelt die wesentlichen Gesichtspunkte des Staatsrechts für den Studiengang „Polizeivollzugsdienst“ und stellt diese in kompakter Form vor. Es erleichtert Studierenden die Vor- und Nachbereitung der Unterrichtseinheiten und stellt vor allem eine effektive Hilfe für die Klausurvorbereitung dar. Die inhaltliche Zusammenstellung und der Aufbau des Werkes orientieren sich dabei am Curriculum der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW.



DER AUTOR

Prof. Dr. Frank Braun lehrt Staats- und Verwaltungsrecht, insbesondere Eingriffsrecht.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Kommentiert



Der Beitrag wurde am 23. Januar 2022 im „Deutschlandfunk Kultur“ in der Sendung „Sein und Streit“ gesendet und steht als Audio-Download zur Verfügung.

HATESPEECH UND GEWALTTATEN

Die Verführbarkeit durch Sprache ist begrenzt

Hass und Hetze nehmen zu, die Zahl politischer Straftaten auch. Es liegt nahe, das eine mit dem anderen zu erklären. Doch sind wirklich „toxische Narrative“ die Ursache von Radikalisierung? Der Philosoph Philipp Hübl bezweifelt, dass Sprache diese Wirkmacht hat. Sein Audiobeitrag von Ende Januar im „Deutschlandfunk Kultur“ als Nachdruck.



Prof. Dr. Philipp Hübl

Was treibt Menschen zu politisch motivierten Straftaten, im Extremfall zu Gewalt? Das ist bis heute nur unzureichend verstanden. In der Diskussion kann man ganz grob zwei Ansätze unterscheiden. Der Manipulationsthese zufolge hören Menschen Propaganda und Verschwörungstheorien und ändern dadurch ihre politische Meinung. Weil sie den Staat als Aggressor sehen, werden sie im Extremfall gewalttätig, um sich oder ihr Anliegen zu verteidigen.

Dieses Erklärungsmuster beruht auf zwei fundamentalen Annahmen über die menschliche Kognition: der Idee des beliebig verführbaren Menschen und der Macht der Sprache. Beide Thesen sind fragwürdig, wie die empirische Forschung nahelegt.

Zum einen sind unsere moralischen Einstellungen nicht so leicht durch Worte veränderbar, was man schon daran sieht, dass die

meisten Menschen von Parolen wie „Umwolung“ oder „Impfdiktatur“ absolut unbeeindruckt bleiben, obwohl sie fast täglich davon hören.

Zum anderen ist die unter Akademikern, Journalisten und Politikern beliebte Rede von prägenden „Narrativen“ begrifflich völlig unklar: Manchmal sind damit bloß Überzeugungen gemeint, manchmal normative Wertungen, Kausalerklärungen oder tatsächliche Geschichten. Wenn alles ein Narrativ sein kann, verliert der Begriff jedoch seine Erklärungskraft.

Ob die vermeintlichen Narrative eine Wirkung entfalten, hängt ohnehin von der Empfänglichkeit der Menschen ab, wie viele Studien zeigen: Propaganda wirkt bei denjenigen, die sich schon lange sozial ausgeschlossen fühlen, zu Extremen neigen und wenig kritisch denken. Das legt auch eine große Untersuchung nahe, die das Bundes-

kriminalamt in Auftrag gegeben hat, um mit sogenannten „Counter Narratives“ dem Extremismus etwas entgegenzusetzen.

Als Alternative zur Manipulationsthese haben Psychologen daher in den letzten Jahren Belege für eine andere Theorie gesammelt, man könnte sie die Bestätigungsthese nennen: Menschen haben recht robuste politische oder ideologische Einstellungen und springen daher auf diejenigen Botschaften und Verschwörungstheorien an, die ihre Weltansicht bestätigen.

So zeigt eine aktuelle Studie, dass Menschen Hass-Postings nicht primär teilen, weil sie selbst daran glauben, sondern weil sie ihrer Unzufriedenheit Ausdruck verleihen und ihr eigenes Lager aktivieren wollen. Mit anderen Worten: Nicht die Rede von „Impfdiktatur“ macht Menschen zu Querdenkern, sondern umgekehrt: Wer ohnehin schon unzufrieden mit dem System ist, wird die Masken- und Impfpflicht als Übergriff des Staates ansehen und die Wut darüber mit diesem Schlagwort bündeln, selbst wenn er nicht buchstäblich daran glaubt. Ähnliches gilt für die Rede von der „Lügenpresse“.

Übrigens neigen auch Geistes- und Sozialwissenschaftler zu Bestätigungsfehlern. Sie überschätzen die Macht der Sprache, weil sie sich selbst dauernd mit Sprache beschäftigen. Die Idee der „toxischen Narrative“ ist verlockend, denn sie suggeriert, man könne die Gesinnung von Menschen ganz einfach an ihren Worten erkennen, ohne aufwendige Hilfsmittel wie empirische Untersuchungen. Das wiederum erleichtert es, andere moralisch zu verurteilen, und suggeriert schnelle und eindeutige Gegenmaßnahmen, etwa Hassnachrichten im Netz zu ahnden oder Nachrichtenkanäle wie Telegram zu verbieten, wie Innenministerin Nancy Faeser kürzlich vorgeschlagen hat. Auch wenn dieser Ansatz kurzfristig gegen Straftaten Erfolg haben kann, stellt er keine langfristige Strategie gegen Radikalisierung dar, denn er bleibt an der sprachlichen Oberfläche.

Um ideologische Gewalt besser zu verstehen, muss man viele Faktoren in den Blick nehmen: Bildung, Persönlichkeitsprofile, Denkstile und den sogenannten autoritären Reflex, eine typische Reaktion auf Gefühle von Verlust, Bedrohung und Abwertung. Der einseitige Fokus auf die Manipulationsthese hält uns davon ab, diese Vielschichtigkeit des Problems in den Blick zu nehmen. ■

Hingeschaut



SCHULE IM BRENNPUNKTVIERTEL

„Die eigenen Potenziale wecken“

Kinder aus benachteiligten Familien hatten es in der Coronapandemie besonders schwer. Wie können die vermeintlich „anregungsarmen“ Schulen in städtischen Brennpunkten dazu beitragen, Bildungsrückstände aufzuholen und die Stärken der Lernenden zu aktivieren? Ein Gespräch zwischen DP-Autor Thomas Gesterkamp und Reinhard Stähling und Barbara Wenders, die dazu ein neues Buch veröffentlicht haben.

Thomas Gesterkamp

DEUTSCHE POLIZEI (DP): Wie sieht das soziale Umfeld der Schule aus, an der Sie unterrichten?

Barbara Wenders: Unsere Schule liegt in einem sozialen Brennpunkt, sie ist die einzige Schule in dem von Hochhäusern geprägten Ortsteil Berg Fidel im Süden von Münster, einer ansonsten sehr bürgerlich geprägten Stadt. Die meisten Kinder und Jugendlichen,

die hier wohnen, sind vom Leben nicht verwöhnt. Sie haben es in vielerlei Hinsicht schwer, sie sind unsicher im Gebrauch der deutschen Sprache. Ihre Eltern haben Geldprobleme oder sind gleichzeitig arbeitslos. Es gibt viele Alleinerziehende, und viele Kinder und Jugendliche sind durch Fluchterfahrungen traumatisiert. Aber alle haben ihre persönliche Geschichte und Kultur,

und dies versuchen wir konstruktiv beim gemeinsamen Lernen zu nutzen. Es macht einen großen Unterschied, ob ein Kind morgens behütet und mit einem Frühstück versehen zur Schule kommt oder, ob es wegen beengter Wohnverhältnisse nicht gut schlafen konnte, weil es zu laut war. Wir versuchen, die Stärken der Schülerinnen und Schüler zu sehen und das Lernen so zu organisieren, dass es für alle Kinder, die in diesem Stadtteil wohnen, zu Erfolgen führt.

DP: Ihre Schule in Münster ist ein Modellversuch des Landes Nordrhein-Westfalen. Ursprünglich war sie eine reine Grundschule für die ersten vier Jahrgangsklassen. Wie haben Sie es geschafft durchzusetzen, dass die Schülerinnen und Schüler dort nun zehn Jahre lang zusammen unterrichtet werden können?

Reinhard Stähling: 2010 hat unsere Schulkonferenz einen Antrag gestellt, die Grundschule bis zum Schulabschluss zu verlängern. Dieser Bruch nach Klasse vier war immer eine Barriere, die wir endlich überwinden wollten. Eine aktive Elterninitiative hat dann richtig Druck gemacht. 2012 kam ein Film über unsere Schule in die Kinos, im gleichen Jahr haben wir einen Gründungskongress veranstaltet und ein Buch herausgebracht. 300 Interessierte aus ganz Deutschland und dem deutschsprachigen Ausland kamen nach Münster und unterstützten uns, es war eine Aufbruchstimmung. Das Ministerium fand dies bemerkenswert und wollte dann eine komplett neue Schulform gründen. PRIMUS heißt Primar- und Sekundarstufen in einer Schu-

le unter einer Leitung, seither unterrichten wir bis zum zehnten Jahrgang.

DP: Welche Bildungserfolge haben Sie durch das längere gemeinsame Lernen erreicht?

Stähling: Dass wir die Kinder über so viele Jahre zusammen in einem solidarischen Geiste unterstützen und ihre eigenen Potenziale wecken, statt sie voneinander in verschiedenen Schulformen getrennt zu unterrichten, zeigt Wirkung. Unsere Zehntklässler übertrafen bisher fast alle die ihnen gestellten Bildungsprognosen, sie erreichten höhere Abschlüsse, als man ihnen zugestanden hatte.

DP: Die Coronakrise hat drastische Auswirkungen auf die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen. Schulschließungen und Distanzunterricht führten dazu, dass ohnehin Benachteiligte weiter abgehängt wurden. Welche Erfahrungen haben Sie als Lehrende in der Pandemie gemacht?

Stähling: Brennpunktstadtteile haben überall eine mehrfach höhere Inzidenz als die bürgerlichen Viertel. Wer in engen Wohnverhältnissen lebt, steckt sich einfach schneller an. Einige unserer Kinder mussten mehrmals hintereinander in Quarantäne, weil Verwandte infiziert wurden. Den Armen ist nur geholfen, wenn die Pandemie eingedämmt wird.

Wenders: Dass es um die Bildungschancen vieler Kinder und Jugendlicher nicht gut steht in Deutschland, wird durch Corona noch deutlicher. Unser Kollegium hat einen Kaltstart in Sachen Digitalisierung hingelegt und damit waren wir ziemlich erfolgreich. Wenn auch nicht alle Schülerinnen und Schüler erreicht werden konnten, trotz Telefonaten und Hausbesuchen: Der größte Teil hat sich zurückgemeldet, sich nicht vergessen gefühlt.

DP: Die immer wieder verlängerten Lockdowns machten die „feinen Unterschiede“ zwischen verschiedenen Milieus sichtbarer, sie verstärkten die soziale Ungleichheit. Was konnten Sie gegen die gravierenden Folgen an den Schulen tun?

Wenders: Wir können die „feinen Unterschiede“ nicht wegzaubern. Die gibt es und genau deshalb finde ich, Schule muss soli-

darisch sein. Es bringt nichts, als Lehrerin Vergleiche anzustellen oder zu jammern, dass die Kinder immer schwieriger werden. Das stimmt ja auch gar nicht. Jedes Kind ist, wie es ist und hat das Recht an der Stelle weiter zu lernen, wo es steht.

Stähling: Wir haben von Beginn an versucht, die Ausbreitung des Virus zu reduzieren. Das gelang, indem wir die Kinder nur in ihren Klassengruppen ließen und nicht mit anderen Klassen mischten. Auch andere übergreifende Arbeitsgemeinschaften und Angebote haben wir ersetzt durch die Arbeit nur in der Klasse. Wenn sich dann dort ein Virus zeigte, waren die anderen Klassen kaum betroffen. Die Schule musste nicht geschlossen werden. Als Nebeneffekt wuchs die Klassengemeinschaft stärker zusammen und unterstützte sich.

DP: Sie interpretieren das Wort Inklusion sehr weitreichend. Der Begriff schließt aus Ihrer Sicht neben Schülerinnen und Schülern mit geistigen oder körperlichen Handikaps auch Kinder etwa aus Flüchtlingsfamilien mit ein ...

Stähling: Selbstverständlich. Es gibt niemanden, den wir aus unserer Schule ausschließen. Wer Inklusion meint, darf nicht in Gruppen denken.



Worin unsere Stärke besteht. Eine inklusive Modellschule im sozialen Brennpunkt, Dr. Reinhard Stähling, Barbara Wenders

Psychosozial-Verlag, Gießen
2021, 520 Seiten, 54,90 Euro,
ISBN: 978-3-8379-3122-8

”

Jedes Kind ist, wie es ist und hat das Recht an der Stelle weiter zu lernen, wo es steht.

DP: Schulen in Brennpunktvierteln werden als „anrengungsarm“ bezeichnet. Was kritisieren Sie an dieser Zuschreibung?

Stähling: Wer Begriffe wie bildungsfern und anrengungsarm benutzt, muss sich fragen lassen, ob er jemals in einem Brennpunkt ernsthaft mit den Kindern, Jugendlichen und Familien gesprochen hat. Wer kein eigenes Kinderzimmer hat, keinen Internet-Anschluss oder Computer, kein gesundes Essen kauft, nicht schwimmen kann, sich keine Busfahrkarte leisten kann oder nicht deutsch spricht, macht das nicht, weil er zu wenig Anregungen dazu bekommt. Das zu behaupten ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen dort. Sie leben schlicht in Armut und können sich nichts leisten. Wenn die Schule keine gesunde Bio-Mahlzeit oder keine guten Buntstifte bereithält, wer soll es bezahlen? Wenn die Schule nicht das Schwimmen beibringt, wer dann? Etliche Eltern wollen die staatliche Unterstützung für das Mittagessen in der Schule beantragen. Aber selbst wenn sie von Sozialarbeitern unterstützt werden, dauert die Bearbeitung der Anträge häufig so lange, dass das Geld nicht rechtzeitig eintrifft.

DP: Ihre pädagogischen Konzepte beruhen auf Ideen des brasilianischen Lehrers Paulo Freire, der für Lateinamerika eine „Pädagogik der Unterdrückten“ entwickelt hat. Was ist das Besondere an diesem Ansatz?

Wenders: Freire setzt an den Themen und Geschichten der Menschen an. Jeder, der sich ernst genommen fühlt, Vertrauen hat und keine Angst zu haben braucht, kann lernen und lernt.

Stähling: Freire ist vor allem bekannt für seine erfolgreichen Alphabetisierungskam-



Der Lehrer Dr. Reinhard Stähling leitet die PRIMUS-Schule Berg Fidel-Geist in Münster. An der gleichen Schule arbeitete Barbara Wenders. Sie ist Lehrerin für Sonderpädagogik. Gemeinsam haben sie mehrere Praxisbücher verfasst, in denen sie Vorschläge für einen „inklusiven“ Schulalltag entwickeln.

”

Wer Inklusion meint, darf nicht in Gruppen denken.

pagnen. Die Lösung von sozialen Problemen wurde damit verbunden, die Schriftsprache zu lernen. Freire hat sich gegen die „kulturelle Invasion“ der ehemaligen Kolonialherren gewandt. Von ihm können wir lernen, die Menschen mit ihren Fragen und Problemen wirklich ernst zu nehmen. Wer als geflüchtete Familie in Armut lebt und wessen Vorfahren vielleicht Opfer des Kolonialismus sind, kommt in unsere Schulen, um dort einen verlässlichen und sicherer Rahmen vorzufinden: keine Gewalt, kein Hunger, keine Krankheit, sondern Hilfe und Bildung für die Kinder.

DP: Was sind die „verborgenen Stärken“ von benachteiligten Kindern und Jugendlichen, die Sie wecken wollen?

Stähling: Diese Stärken sind gar nicht so verborgen, sondern ständig sichtbar. Wir brauchen da gar nichts Neues erfinden: Wir

können sicher sein, dass die Kinder und Jugendlichen sich gegenseitig unterstützen.

Wenders: Die Kinder im Brennpunkt sind stark in der gemeinsamen Erfahrung, dass ihnen nichts geschenkt wird. Sie halten in der Regel zusammen. Sie tragen kulturelle Schätze in sich. Einige können auch wütend und verweigernd sein, wenn diese Schätze nicht geachtet und respektiert werden. Zum Beispiel die Muttersprache, die sie sprechen oder die Musik, die sie hören. Oder Rituale und Religionen, die sie mitbringen. Kinder und Jugendliche haben ein feines Gespür dafür, ob man sie ernst nimmt oder nur so tut als ob – und hinterher schlecht über sie spricht. Die pädagogische Arbeit hier ist sinnvoll und macht sehr viel Spaß. Dieser hört allerdings auf, wenn keine öffentliche Unterstützung erfolgt. Ungleiches muss ungleich behandelt werden, nur das ist gerecht.

DP: Wie kommen Ihre praxisorientierten Konzepte in wissenschaftlichen Fachkreisen an? Gibt es da Differenzen?

Stähling: Das überholte Paradigma des „anregungsarmen Lernmilieus“ in einer Brennpunktschule wird in der Forschung inzwischen hinterfragt. Man spricht in Fachkreisen stattdessen von „erwartungswidrig guten Schulen“. Das bedeutet ja, dass man etwas überraschend Neues entdeckt hat. In-

dem wir dies anders bewerten, ändern sich auch die Versuche der Problemlösung.

DP: Ihre Arbeit ist mittlerweile bundesweit bekannt. Sind Sie zum Vorbild geworden, werden die Ideen anderswo aufgegriffen?

Stähling: Wir werden viel angefragt von Schulen, die einen neuen Aufbruch wagen wollen. Unsere Besucher kommen aus ganz Deutschland und auch aus anderen europäischen Ländern. Und wir stehen im ständigen Kontakt mit anderen Schulen, von denen wir lernen können.

DP: Wenn Sie die gesellschaftliche Utopie eines künftigen Bildungssystems entwerfen, das benachteiligte Kinder und Jugendliche nicht mehr ausgrenzt, sondern fördert und integriert: Welche Vorschläge und Forderungen richten Sie an die Politik?

Stähling: In jedem sozialen Brennpunkt eine Schule von der ersten bis zur zehnten Klasse, eine durchgehende Schule vom Anfang bis zum Abschluss unter einer Leitung. Eine Schule ohne Brüche, die nicht aussondert...

Wenders: ...sondern mit allen Kindern des wohnortnahen Umfeldes solidarisch verbunden ist.

DP: Danke für das Gespräch.

KAPITALMARKT

ANZEIGEN

Beamtdarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffent. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig

2,50% echter Vorteilszins
effektiver Jahreszins

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

SUPERCHANCE Teurere Kredite, Beamtdarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

POLIZEI DEIN PARTNER
Gesellschaft der Polizei
Zukunft Mobilität

Mobilität im Wandel

Mehr Infos auf
www.zukunft-mobilitaet.info

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen. Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de · Nulltarif · 0800-33 10 332
Klaus Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borchen

**www.Polizei
DeinPartner.de**

Hingeschaut



Foto: senatsignstock.adobe.com

STRAFVERSCHÄRFUNG: GEFÄLSCHTE IMPFPÄSSE

Für eine Hand voll Bitcoin ...

Durch die aktuellen Coronaverordnungen sind nicht geimpfte Menschen von vielen Bereichen des öffentlichen Lebens ausgeschlossen. Der illegale Handel mit gefälschten Impfausweisen floriert. Bundesweit ermittelt die Polizei in über 12.000 Verdachtsfällen.

Kristina Franke

Das Geschäft boomt

Der Handel mit gefälschten Impfausweisen und digitalen Impfberechtigungen ist seit dem Beginn der Coronaimpfekampagne auf dem Schwarzmarkt zu einem täglichen Geschäft geworden – und hat seit dem Ende kostenloser Coronatests nochmals deutlich an Fahrt aufgenommen. Zwar hat der Gesetzgeber Ende November 2021 eine wichtige Gesetzeslücke zur Strafbarkeit geschlossen. Eine abschreckende Wirkung auf die Täter hat dies jedoch offenbar nur bedingt.

Gekauft werden gefälschte Impfpässe in der Regel von ungeimpften Menschen, die ohne Test ins Flugzeug steigen, ein Restaurant oder ein Konzert besuchen wollen. Zum Kauf angeboten werden sie in Internet-Foren sowie bei Messenger-Diensten wie Telegram – für einen Preis von rund 150 bis 350 Euro. Dahinter kann sich jedoch auch Abzocke verbergen: Viele vermeintliche Verkäuferinnen und Verkäufer lassen sich



Foto: memma13/stock.adobe.com

Illegale Geschäfte mit sogenannter Kryptowährung.

zum Beispiel in Bitcoins oder iTunes-Gutscheinen bezahlen. Auf ein gelbes Heftchen warten die Käufer dann vergeblich. Erhalten sie hingegen tatsächlich einen gefälschten Impfausweis, fällt der Betrug oft in der Apotheke auf, wenn sie sich dort ein digitales Impfbuch ausstellen lassen wollen.

Fake-Zertifikate im Darknet

Mittlerweile sind Kriminelle auch dazu in der Lage, digitale Impfbücher mitsamt QR-Code zu fälschen. Diese werden in erster Linie auf Auktionsplattformen im Darknet für 300 bis 400 Euro angeboten. Bei rund 400 Millionen ausgestellten digitalen Impfbüchern in der Europäischen Union gehen Ermittler von einer zweistelligen Millionenzahl an Fälschungen aus. Viele der digitalen Zertifikate sind ungültig und fallen schnell auf. So wird bei Zutrittskontrollen inzwischen fast überall die CovPass-Check-App genutzt, mit der gefälschte digitale Impfbücher schnell erkannt werden können. Schwierig jedoch wird das Erkennen sowohl für die App als auch für die Ermittler, wenn die Zertifikate mit einem gültigen, offiziellen digitalen Schlüssel generiert worden sind. Dazu verschaffen sich die Täter beispielsweise Zugang zu PCs in Impfzentren, Arztpraxen oder Apotheken. Dort stehlen sie entsprechende Daten, die bislang in vielen Fällen nur unzureichend vor fremden Zugriffen geschützt sind. Der Profit, den der Verkauf gefälschter Zertifikate nach

sich zieht, spreche ein Täterspektrum an, „das zumindest zum Teil auch professionell agiert“, so die Einschätzung des Landeskriminalamts in Nordrhein-Westfalen. Abhilfe schaffen könnte in Zukunft etwa ein digitales Impfbuch, in dem in pseudonymisierter Form hinterlegt wird, wer wann und womit geimpft wurde.

Gesetzeslücken geschlossen

Die Gesetzgebung zum Anfertigen oder Vorlegen eines gefälschten Impfnachweises ist Ende November 2021 von den Ampel-Parteien aus SPD, Grünen und FDP verschärft worden. Seitdem ist der „Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse“ allgemein strafbar. Das bedeutet, dass bereits das Vorzeigen eines gefälschten Impfbuches im Restaurant, bei einem Konzert oder auf einem Weihnachtsmarkt definitiv bestraft werden kann. Der entsprechende neue Paragraph 277 des Strafgesetzbuches (StGB) sieht dafür eine Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr vor. Darüber hinaus wurden auch die StGB-Paragrafen 275 Absatz 1a, 278 und 279 erneuert oder angepasst. Ebenfalls bis zu einem Jahr Haft droht demnach all jenen, die sich etwa als Arzt ausgeben, um einen Impfnachweis auszustellen. Außerdem neu: Während es bislang eine juristische Grauzone für private Fälscher gab, muss man nun auch als Privatperson mit Konsequenzen rechnen, wenn man einen Impfnachweis fälscht. Das Fälschen kann ebenfalls

mit einer Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr bestraft werden. In besonders schweren Fällen des „unbefugten Ausstellens von Gesundheitszeugnissen“, etwa wenn „der Täter gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande“ handelt, kann eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren sein.

Apotheken dürfen Anzeige erstatten

Seit Mitte Dezember 2021 können Apotheken über einen Webserver prüfen, ob die im Impfbuch genannte Chargennummer tatsächlich ausgegeben und verimpft wurde. Außerdem haben die zuständigen Justizbehörden in den meisten Bundesländern inzwischen klargestellt, dass Apotheken bei Verdachtsfällen die Besitzer von gefälschten Impfausweisen risikolos anzeigen dürfen. Bisher war es laut Staatsanwaltschaft so, dass sie durch eine mögliche Anzeige ihre Schweigepflicht verletzen – und aus diesem Grund möglicherweise selbst mit einer Anzeige rechnen mussten. Seitdem das Vorlegen eines gefälschten Impfausweises als Straftat gilt, dürfen Apotheken durch eine Anzeige keine Nachteile mehr entstehen.

Sonderermittler im Einsatz

Die Landeskriminalämter kritisierten in den vergangenen Monaten immer wieder, dass Impfbücher leicht zu fälschen seien, weil sie keine Sicherheitsmerkmale enthalten. Als problematisch galten außerdem „fehlende Prüfansätze“, um bei der Erstellung digitaler Impfbücher Fälschungen zu entdecken. Inzwischen sind jedoch immer mehr Polizeikräfte speziell geschult, um Fälschungen zuverlässig zu erkennen. In vielen Städten wurden Sonderermittlungsgruppen gegründet, darunter die EG „Stempel“ in Köln oder „Booster“ in Lübeck. Außerdem kann die Polizei mittlerweile auf EXTRAPOL Chargennummern von Covid-Impfungen auf Echtheit prüfen. Bei der Bekämpfung des illegalen Handels mit gefälschten Impfbüchern ist die Polizei jedoch auch auf Hinweise von Apotheken, Geschäftsinhabern oder Privatpersonen angewiesen, denen angeboten wird, dass sie ein Impfbuch erwerben können, ohne tatsächlich immunisiert zu sein. ■

VERKEHRSunFALLAUFNAHME

Unfallort - Tatort - Recht - Maßnahmen

Von **Richard Taschenmacher**, **Wolfgang Eifinger** und **Alexander Neuhaus**.

5. Auflage 2020

Umfang: 542 Seiten

Format: Broschur, 14,8 x 21 cm

Preis: 36,00 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0869-4

Für Polizeibeamte stellt der Bereich der Verkehrsunfallaufnahme ein Aufgabengebiet dar, in dem in besonderem Maße hohe Ansprüche an die Qualität ihrer Arbeit gestellt werden. Die exzellente Kenntnis unterschiedlicher Rechtsgebiete ist hier mit überdurchschnittlichem Wissen über physikalische, technische, kriminaltechnische und -taktische Gegebenheiten zu kombinieren. Daneben haben die Beamten in zum Teil extrem belastenden Situationen mit Beteiligten empathisch zu interagieren. An sie besteht also ein hoher Anspruch an professioneller Kompetenz, die bei der Unfallaufnahme gleichzeitig Garant für Opferschutz und Opferhilfe darstellt.

Dieses Buch wurde für die Polizeibeamten im Bachelor-Studium und an sämtlichen Ausbildungseinrichtungen der Polizei verfasst und stellt darüber hinaus auch in der Fortbildung und in der Praxis eine wertvolle Hilfe dar.

Die Neuauflage wurde von den Autoren erheblich ergänzt. So wird u.a. der Begriff des Verkehrsunfalls ausführlich erläutert und ein Handlungskonzept für eine qualifizierte Unfallaufnahme entwickelt. Außerdem werden die Themen digitale Spuren und Unfälle mit Straßenbahnen ausführlich behandelt.

DIE AUTOREN

Richard Taschenmacher, Dipl.-Verwaltungswirt, Autor verschiedener Fachbücher, Dozent für Gefahrgutrecht. Davon Lehrtätigkeit u.a. in den Fächern Verkehrsrecht, Straf-, Strafprozeß- und Ordnungswidrigkeitenrecht sowie Verkehrsunfallaufnahme und -rekonstruktion.



Wolfgang Eifinger, Dipl.-Verwaltungswirt und Polizeirat, Direktionsleiter Verkehr in Euskirchen, nebenamtlicher Dozent für Verkehrslehre und Verkehrsrecht an der HSPV NRW.

Alexander Neuhaus, Dipl.-Verwaltungswirt und Erster Polizeihauptkommissar, Leiter einer Polizeiwache in Bonn. Davon Dienstgruppenleiter der Leitstelle, Leiter eines Verkehrskommissariats und des Verkehrsdienstes.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Innenleben

GdP-KOMMISSION FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN IN DER POLIZEI

Auf einen Blick



Worum es geht

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fördert die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. So beschreibt die Satzung der GdP in Paragraph 2 Absatz 4 unter anderem ihre Aufgaben und Ziele.

Der Start

Der GdP-Bundeskongress von 2014 hatte die Einrichtung der Kommission für Menschen mit Behinderungen in der Polizei durch eine Satzungsergänzung legitimiert. Zu einem ersten Informationsaustausch traf

sich die Kommission im November 2015 in der Berliner Bundesgeschäftsstelle. Jährlich wurde dieses Treffen fortgeführt. Die Pandemie sorgte für eine Unterbrechung.

Ziele

Inklusion vorantreiben, angesichts der Frage „Was ist eine Behinderung?“ das Bewusstsein ändern und bilden, sensibilisieren, Prävention betreiben, Arbeits- und Gesundheitsschutz verzahnen.

Bereits in Arbeit

Die Versorgungsmedizinverordnung (VersMedV), das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM), 100 Jahre Schwerbehindertenrecht und die (digitale) Barrierefreiheit.

Was kommt

Expertise auch künftig zur Verfügung stellen, zum Beispiel zu den Folgen von „LongCovid“, psychischen Belastungen in der Arbeitswelt oder der Verlängerung der Lebensarbeitszeit – und ein stärkeres Etablieren in der GdP-Welt. ■

DEUTSCHER PERSONALRÄTEPREIS VERLIEHEN

Aktiv gegen Beleidigung, Pöbeleien und Gewalt am Arbeitsplatz

Der „Deutsche Personalräte-Preis“ gleicht in etwa dem Hollywood-„Oscar“ für die beste Rolle im konstruktiven Streit um mehr Mitbestimmung und Teilhabe für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Die goldene Auszeichnung des Jahres 2021 errang der Gesamtpersonalrat der Stadt Nürnberg mit einem preiswürdigen Signal gegen Beleidigung, Pöbeleien und Gewalt am Arbeitsplatz.

Die Preisverleihung erfolgte Anfang November im Rahmen des Schöneberger Forums in Berlin. Die Fachtagung für Beschäftigte im öffentlichen Dienst wird vom DGB Bildungswerk BUND in Kooperation mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und der Zeitschrift „Der Personalrat“ veranstaltet. Elke Hannack, stellvertretende DGB-Vorsitzende, nahm die Ehrung der Preisträger vor. Christine Behle, stellvertretende ver.di-Bundesvorsitzende, ehrte als Vertreterin der Jury den Goldpreisträger mit einer Laudatio vor rund 200 Gästen.

Was die Jury überzeugte ...

... erläuterte der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, Fabian Körber. Ihm zufolge sind der Stadtverwaltung Nürnberg über 1.000 Personen beschäftigt. Von diesen hätten bereits zahlreiche Erfahrung mit verschiedenen Formen von Gewalt gehabt, darunter Beleidigungen, Pöbeleien, sogar Prügel. Dieses feindselige Verhalten treffe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowohl im Außendienst als auch in publikumsintensiven Dienststellen. Es seien keine Einzelfälle mehr, sondern mittlerweile ein weitverbreitetes gesellschaftliches Problem mit zunehmender Tendenz. Auch in den sozialen Medien setzten sich die Bedrohungen fort – mit teils massiven Beleidigungen und Verunglimpfungen. Der Gesamtpersonalrat habe einen effektiven Weg gesucht, die Beschäftigten bestmöglich zu schützen.



Gold-Preisträger: Der Gesamtpersonalrat der Stadt Nürnberg gewann den Deutschen Personalräte-Preis 2021 mit dem Projekt: „Gewaltfreie Nürnberger Stadtverwaltung“. In der Mitte Christine Behle, ver.di-Bundesvorstand-Jurorin und Laudatorin.

Dazu hatten schon 2016 die Stadtspitze und der Gesamtpersonalrat eine Grundsatzerklärung gegen Gewalt am Arbeitsplatz mit dem Leitbild „Null Toleranz gegenüber Gewalthandlungen“ auf den Weg gebracht. Darunter fielen jede Form von psychischer oder körperlicher Gewalt, Bedrohungen, das Mitbringen und Zeigen von Waffen, Stalking und Mobbing sowie verbale und sexuelle Belästigungen. Die Grundsatzerklärung beinhaltete zudem die Vereinbarung, dass „für Maßnahmen gegen Gewalt erforderliche fachliche, organisatorische und finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden“. Von da an wurde die Grundsatzklärung durch Plakataktionen in allen Dienststellen – beispielsweise die Kurzinformation: Alarmierungssystem am Arbeitsplatz – und dem

konsequenten Ahnden von Vergehen durch das Aussprechen von Betretungsverboten und Strafanzeigen flankiert.

Unterschriftsreif war die „Rahmendienstvereinbarung für eine gewaltfreie Stadtverwaltung“ Ende Juni 2020. In dieser wurde „Gewalt am Arbeitsplatz“ definiert als „Vorkommnisse, bei denen Beschäftigte im Verlauf oder in direkter Folge ihrer Arbeit beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen werden“. Geregelt wurde weiterhin eine Abfolge, in der Arbeitsschutz- und Sicherheitsmaßnahmen gewählt und umgesetzt werden sollen: Es gilt nunmehr das sogenannte STOP-Prinzip: Substitution, Technische, Organisatorische, Personenbezogene Maßnahmen.

Davon profitiert habe die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es gebe Alarmsysteme, den Zugang kontrollierende Sicherheitsdienste sowie angepasste bauliche Maßnahmen. Betroffene würden nach Vorfällen betreut, eine Nachsorge sei sichergestellt.

Nun würde noch eine Dienstvereinbarung „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz“ erarbeitet: Weitere Bausteine des Schutzes sollen folgen. ■

Startschuss zum Bewerbungsverfahren 2022

Bis zum 31.5.2022 läuft noch die Bewerbungsfrist für den Deutschen Personalräte-Preis 2022. Ausgezeichnet werden praktische Beispiele erfolgreicher Personalratsarbeit.

Im Alltag bekommen Personalräte oftmals wenig Wertschätzung für ihr Engagement. Der Deutsche Personalräte-Preis würdigt deshalb Projekte, die aktuelle Themen der Personalvertretung angehen.

Hat Ihr Gremium beispielsweise ein spannendes Projekt zur Arbeitszeitgestaltung auf den Weg gebracht? Oder haben Sie sich in einer Initiative mit E-Government oder mit den Folgen der Digitalisierung beschäftigt? Dann bewerben Sie sich jetzt!

Jugend- und Auszubildendenvertretungen sowie und Schwerbehindertenvertretungen sind herzlich eingeladen, ihre Projekte über den Personalrat einzureichen.



8. FEBRUAR 2022

Resolution der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu den Polizistenmorden von Ulmet

Der Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei

Auch eine Woche nach den brutalen Morden an unserer 24-jährigen Kollegin Yasmin und unserem 29-jährigen Kollegen Alexander am 31. Januar 2022 im rheinland-pfälzischen Landkreis Kusel zeigt sich der Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) fassungslos und in tiefer Trauer. Der Albtraum einer jeden Polizistin, eines jeden Polizisten und eines jeden aus der gesamten Polizeifamilie hierzulande sei eingetreten, betonte das Gremium in einer Erklärung im Rahmen einer digitalen Bundesvorstandssitzung vor dem Hintergrund der erschütternden Tat. Zuvor hatte der GdP-Bundesvorstand in einer Schweigeminute den beiden im Dienst ermordeten Kollegen gedacht.

Die Resolution

Erst die schrecklichen Morde an den beiden Polizeibeamten im rheinland-pfälzischen Ulmet haben es offenbar vermocht, den Fokus der Gesellschaft, der Medien und der Politik auf die seit Jahren zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zu lenken. Zudem wirft die Tat ein Schlaglicht auf Entwicklungen in unserem Rechtsstaat, die zu großer Besorgnis Anlass geben.

Seit rund zwei Jahrzehnten weist die GdP auf die Zunahme von Respektlosigkeiten, Diffamierungen sowie Angriffen und Gewaltattacken auf unsere Kolleginnen und Kollegen als Repräsentantinnen und Repräsentanten unseres demokratischen Staates hin. Dieser nicht zu tolerierenden Entwicklung darf nicht mit dem vermeintlichen Ar-

gument des polizeilichen Berufsrisikos entgegnet werden. Es darf nicht kleingeredet werden, dass Polizistinnen und Polizisten mit Hass- und Hetzaufrufen im Netz, vor allem in den sozialen Medien, belegt werden. Wir wollen nicht hinnehmen, dass solches inakzeptables Handeln zu unserem polizeilichen Berufsalltag gehören soll.

Um dieser Entwicklung wirksam zu entgegen, fordert die GdP gesellschaftlichen Rückhalt für ihre Polizei. Diese sowie unser demokratischer Rechtsstaat benötigen mehr Wertschätzung, breite Anerkennung und Respekt. Polizeibeschäftigte geben tagtäglich 100 Prozent Einsatz. Nicht mehr fordern sie zurück.

Es kann nicht länger sein, dass eine Kultur des ständigen Hinterfragens staatlichen und polizeilichen Tuns Fahrt aufnimmt. Es geht dabei nicht um die demokratische Kontrolle des Staates. Selbstverständlich ist es jeder und jedem überlassen, Maßnahmen juristisch überprüfen zu lassen. Es geht im besten Fall um Trotzigkeit vor dem Hintergrund fehlenden Wissens um das Funktionieren des Rechtsstaates. Es geht um das Ignorieren der Kompetenzen staatlicher Institutionen bis hin zu einer erklärten Feindschaft gegenüber der Demokratie und gegenüber denen, die sie bewahren. Die GdP fordert einen starken und selbstbewussten Staat, der diese Probleme offen benennt, transparent debattiert und zielgerichtete Lösungen auf den Weg bringt.

In Deutschland arbeitet eine Bürgerpolizei. Eine Polizei, die Teil der Gesellschaft ist, und es auch sein will. Dazu gehört es,

die weitreichenden Rechte aller zu schützen, jedoch auch denen, die gegen Regeln verstoßen, Grenzen zu verdeutlichen. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind rund um die Uhr im Einsatz, oft dort, wo sich Konflikte abspielen, Menschen zu Tätern und Opfern werden. Die Polizei blickt häufig in menschliche Abgründe und wird mit Not und Elend konfrontiert. Die Polizei ist weder eine Bedrohung noch eine Gefahr. Sie hilft und schützt! Wer anderen mit Polemik, Verleumdungen und falschen Behauptungen das Gegenteil eintrichtern will, handelt gegen unseren Staat.

Politische Entscheider müssen dringend sowohl die polizeilichen Erkenntnisse und Wahrnehmungen als auch die der Justiz, der Staatsanwaltschaften und Gerichte ernsthaft berücksichtigen und daraus ein realistisches Lagebild unserer Gesellschaft zeichnen. Weiter dem Motto zu folgen: „Was ich nicht sehe, ist nicht da!“, führt in die falsche Richtung. Die Dinge müssen auf den Tisch.

Die Gewerkschaft der Polizei fordert einen Staat, der sich zu wehren weiß. Dazu benötigt er neben einer personell und sachlich stark ausgestatteten und aufgebauten Polizei auch Investitionen in die Justiz. Eine tiefgehende Debatte über den Zustand des Rechtsstaates ist unumgänglich.

Der GdP-Bundesvorstand kündigt an, mit dem nötigen emotionalen Abstand und nach Ende der Ermittlungen die Erkenntnisse der Polizistenmorde von Ulmet intensiv auszuwerten und nötige Schlussfolgerungen daraus, zu den politischen Entscheidungen zu tragen. ■

Eure Meinung

ZU:

Cold Cases; Trecker, Schlepper, Mähmaschinen, DP 2/22

Spannend die Arbeit rund um „Cold Cases“, die aus vielen Richtungen beleuchtet wurde. Interessant und unbedingt lesenswert.

Nicht minder interessant war der Beitrag „Trecker, Schlepper, Mähmaschinen“. Hier kann ich dem Autor Frank Korte aus eigener Erfahrung auf der Straße in all seinen Ausführungen nur vollumfänglich zustimmen. Auch ich, bis 31. Januar 2022 beim Bundesamt für Güterverkehr, dann Rentner, sehe hier den Gesetzgeber in der Pflicht, endlich zu handeln und sich nicht durch die Lobbyisten beeinflussen zu lassen. Das bleibt wohl ein unerfüllter Traum.

Harald Horneff, Griesheim

ZU:

Standgehalten, DP 1/22

In der Januar-DP zeigen sich die Verantwortlichen der Tariff Kommission sehr erfreut über das Ergebnis der Einigung vom 29.11.2021. Diese Freude wird von einem Großteil der Versorgungsempfänger wohl eher nicht geteilt. Vielmehr macht sich Fassungslosigkeit breit über die Beiläufigkeit der Erklärung, dass die Pensionäre halt diesmal leer ausgegangen sind.

Offensichtlich ist den Mitgliedern der Tariffkommission im November 2021 noch nicht geläufig gewesen, mit welchen Steigerungsraten bei den Energiekosten sowie dem zu diesem Zeitpunkt schon bekannten Anstieg der Inflationsrate zu rechnen war. Das ist gerade für Tarifexperten, die sich gegenüber den Arbeitgebern argumentativ sehr gut wappnen müssen, eigentlich sehr ungewöhnlich. Schließlich treffen die Kostensteigerungen nicht nur die aktiven Beschäftigten, sondern auch die Versorgungsempfänger. Hier wäre ein Zeichen der Solidarität nötig gewesen!

Ein weiteres Thema betrifft die Corona-Sonderzahlung: Als glücklicher Versorgungsempfänger seit dem 1. November 2021 habe ich genau einen Monat zu wenig Pandemiezeit gehabt, um in den Genuss der Zahlung zu kommen. Allerdings durfte ich seit März 2020 (20 Monate) sämtliche Maßnahmen als Kommissariatsleiter mitverantworten und dafür Sorge tragen, dass in dieser – manchmal chaotischen Zeit – alles

bestens gelaufen ist. Dazu zählten unter anderem, dass mit über 30 Beschäftigten größte Kommissariat, ohne einen einzigen COVID-Fall über die Runden zu bringen, Anzeigenerstattung/Durchsuchungsmaßnahmen und sämtlichen Publikumsbegegnungen so sicher zu gestalten, dass niemand infiziert wurde sowie Homeoffice, Präsenzdienste, Schwerpunkteinsätze zu organisieren.

Wie schwierig Führung, insbesondere die Informationsweitergabe ohne regelmäßige Besprechungsmöglichkeiten sein kann, hat jeder in dieser Zeit selbst erfahren. Auch die Motivation und der Zusammenhalt können in Schieflage geraten und bedürfen eines umsichtigen Umgangs. Dafür bekommen die Beschäftigten auch völlig zu Recht eine Sonderzahlung, die im Bund bereits 2020 verausgabt wurde.

Ja, und was geschieht mit jemandem, der genau 28 Tage vor dem Stichtag in Pension geht? Er bekommt weder eine Sonderzahlung noch eine Pensionserhöhung! Letzteres natürlich wegen der Sonderzahlung! Muss man das verstehen?

Heinz Siemes, Krefeld

ZU:

Standgehalten, DP 1/22

Zuerst zu meiner Person: Ich bin 1972 in den Polizeidienst des Landes Niedersachsen eingetreten und auch seit diesem Zeitpunkt Mitglied. Ich bleibe auch weiterhin in der GdP. Aber mit diesem Brief muss ich Kritik üben. Mir ist unverständlich, wie man als GdP und auch als GdP-Bundessenorenvorstand die Übertragung einer eventuellen Corona-Sonderzahlung auf die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger fordern kann. Haben wir als ehemalige Polizeibeamte in der Coronazeit etwas Besonderes geleistet, um mit einer derartigen Sonderzahlung belohnt zu werden? Ich sage „Nein“ dazu. Diese Forderung ist ein Tritt vor das Schienbein aller aktiven Beamten, die sich während der Coronazeit mit den besonderen Anforderungen der Pandemie auseinandersetzen mussten. Diese Kolleginnen und Kollegen haben sich diese Sonderzahlung mit Recht verdient. Weiterhin ist der Versuch, die Übertragung der Corona-Sonderzahlung an die Pensionärinnen und Pensionäre mit der langen Wartezeit bis zum angestrebten neuen Tarifabschluss (01.12.22) als Kompensationsmaßnahme zu verkaufen, als peinliches Reiten

auf der Coronawelle zu verstehen. Kompensation (Ausgleich) für was? Mit dieser Begründung lassen die Fordernden jegliches Augenmaß gegenüber Menschen in unserem Land, die wirklich unter der Pandemie gelitten haben (Jobverlust, Kurzarbeit, extreme Belastungen in den Krankenhäusern et cetera) vermissen.

Liebe GdP-Oberen und lieber Bundesessenorenvorstand, wägt nochmal eure Argumente und geht in euch.

Reiner Lindt, Oldenburg

ZU:

Standgehalten, DP 1/22

Um die Durststrecke von 14 Monaten ohne Einkommenserhöhung zu kompensieren, würde ich mich freuen, wenn die GdP auf meine Beiträge so lange verzichtet. Oder müssen die Pensionäre reihenweise austreten, um den Verlust durch euer Vergessen bei den Tarifverhandlungen einigermaßen zu kompensieren? Ich würde es bedauern, aus der GdP auszuschneiden! Ich habe auch jahrelang in meiner aktiven Zeit – und auch später – für Gewerkschaftsziele gekämpft und demonstriert! Und nun?

Michael Majchrzak, Herne

ZU:

Standgehalten, DP 1/22

Eine Selbstwahrnehmung der an den Tarifverhandlungen Beteiligten, die schon Anlass zum Staunen gibt, wenn man sich die Einlassungen in der Januar-DP anschaut.

ANZEIGE



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % % %

Informieren Sie sich!
Telefon: (02207) 76 77 % % % %

www.fahrzeugkauf.com

Ich würde stattdessen sagen: Ein Pyrrhus-sieg, den man zudem als Dammbuch bezeichnen kann, weil erstmalig im Tarifbereich eine strukturelle Spaltung zwischen aktiven Beamten und Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern herbeigeführt wurde, wobei die GdP und andere beteiligte Gewerkschaften Geburtshilfe geleistet haben.

Warum? Nun, das grundsätzliche Problem ist ja nicht, dass eine Sonderzahlung, wenn es denn ohne Bedingungen eine solche wäre, nicht auf alle Beteiligte in gleicher Höhe ausgezahlt wird. Man hätte, wenn der Wille da gewesen wäre, anteilig verfahren können, wie auch immer. Man hätte aber auf keinen Fall den Tarif-Verhandlungsweg in Teilen verlassen dürfen, denn das war geboten. Das hat man aber ohne Not getan.

In einer Zeit, in der die Inflation circa fünf Prozent erreicht, haben sich die Gewerkschaften, auch meine über das Ergebnis so selbstzufriedene GdP, zu diesem Bauernopfer hinreißen lassen. Auf die Schnelle 1.300 Euro und damit die Verhandlung über den eigentlichen Tarif gar nicht erst starten.

Wie wäre es denn gewesen, wenn man sich zunächst einer echten Tarifrunde gewidmet hätte, die den Zeitraum von Septem-

ber 21 bis September 23 abdeckt, also 24 Monate. Leider nicht geschehen.

Es war schon zu früheren Zeiten bekannt, dass vor Tarifaueinansetzungen regelmäßig Demos stattfanden, zu denen en masse Polizei, hier auch die Pensionäre, vertreten waren und andere Gruppierungen sogar streikten. Oft gehörte ich auch zu dieser Reisegruppe. War die Kuh vom Eis, begann für die Beamten, so auch für uns Polizei, erst der Marathon im Land, oft mit späterer Wirksamkeit des Eintrittes oder prozentualen Abstrichen. Das war man gewöhnt und man stellte fest, dass man zu einer Manövriermasse gehört.

Aus dem aktuellen Geschehen ergibt sich eine traurige Konsequenz: Man spaltet aktive Beamte von Ruheständlern – ohne Not. Das wird in Zukunft Beispiel und bei den Politikern Lust auf Mehr machen. Die Konsequenz für den Pensionär muss sein, dass er sich vor anstehenden Tarifverhandlungen nicht mehr vor den Demo-Karren spannen lässt.

Alfred Heinbuch, Bochum

ZU: Standgehalten, DP 1/22

Als Versorgungsgeldempfänger kann ich mich der Meinung, dass ein gutes Ergebnis bei den Tarifverhandlungen erreicht worden sei, nicht anschließen. Im Gegenteil, es ist traurig, wenn man den Pensionären eine Nullrunde zumutet, dies bei einer Inflationsrate von fünf Prozent. Wir erleiden eine realen Lohneinbuße von insgesamt fast acht Prozent. Wenn eine Gewerkschaft einem solchen Tarifergebnis zustimmt, nachdem schon zwei Jahre mit Minimalerhöhungen hinter uns liegen, hat sie nicht nur kein gutes Ergebnis erzielt, sondern man fragt sich, wozu wir Pensionäre eine solche Gewerkschaft überhaupt brauchen. Ich erwarte, dass hier zeitnah noch Nachverhandlungen erfolgen. Scheinbar wird ja nichts aus der Pandemiezulage für die Versorgungsempfänger. Ich bin momentan sehr enttäuscht und überlege noch, ob ich meine langjährige Mitgliedschaft nicht kündigen soll, damit ich einen Teil der Verluste durch Einsparungen wieder bekomme.

Reinhard Ott

ANZEIGE

REISEMARKT

Büsum - Nordseeküste

Gemütliche Ferienwohnung, neu renoviert, ruhige Lage, Strandnähe, ca. 3 Minuten zur Gehstraße
sandra.knuettel@gmx.de oder 0172/1561290

www.Polizeifeste.de
Alle Polizeifeste auf einen Blick



Action mit wasser·c·raft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyontour €/Person 126,-
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at

DP
DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 03 | 71. Jahrgang 2022
Magazin und Organ der
Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 2,80 € zzgl. Zustellgebühr
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-0
Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur
Danica Bensmail (dab), Redakteurin

Redaktionsassistentz

Johanna Treuber
gdp-pressestelle@gdp.de
Telefon 030 399921-113
Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

karadesign

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – Deutsche Polizei veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleitung

Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 45 vom 1. Januar 2022.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkteils in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

191.848 Exemplare
ISSN 0949-2844



WISSEN, WAS ZÄHLT
Geprüfte Auflage
Klare Basis für den Werbemarkt

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon 02831 396-0
Telefax 02831 396-89887
av@vdp-polizei.de

STRAFRECHT

Fälle zum Strafrecht für Polizeibeamte

mit Lösungsskizzen, Musterlösungen und Bearbeitungshinweisen

Von **Barbara Blum, Frank Hofmann, Eva Kohler.**

2. Auflage 2019

Umfang: 308 Seiten / **Format:** Broschur, 16,5 x 24 cm

Preis: 24,90 € [D] / **ISBN 978-3-8011-0825-0**

Dieser Band stellt die strafrechtlich relevanten Studieninhalte fallbezogen dar. Dadurch erhalten die Studierenden konkrete Hilfestellungen, wie Klausuren im Gutachtenstil aufgebaut und formuliert werden. Im Rahmen des Selbststudiums können die Fälle zunächst selbst gelöst und anschließend mit der Musterlösung abgeglichen werden.

Zusammen mit den beiden VDP-Büchern „Strafrecht für Polizeibeamte“ Bd. 1 und Bd. 2 erhalten Studierende des Bachelor-Studienganges für den gehobenen Polizeidienst damit das Wissen zum Themenkomplex Strafrecht, welches für eine effektive Prüfungsvorbereitung und eine erfolgreiche Bewältigung des polizeiwissenschaftlichen Studiums notwendig ist.

Strafrecht für Polizeibeamte

Von **Holger Nimtz.**

Band 1: Grundlagen und Delikte gegen die Person

7. Auflage 2021

Umfang: 288 Seiten / **Format:** Broschur, 16,5 x 24 cm

Preis: 24,90 € [D] / **ISBN 978-3-8011-0895-3**

Band 2: Delikte gegen das Vermögen und gegen Gemeinschaftswerte

6. Auflage 2021

Umfang: 320 Seiten / **Format:** Broschur, 16,5 x 24 cm

Preis: 24,90 € [D] / **ISBN 978-3-8011-0900-4**



DIE AUTOREN

Dr. Barbara Blum, Professorin für Straf- und Strafprozessrecht an der HSPV NRW, Studienort Bielefeld.

Dr. Frank Hofmann, Professor für Straf- und Strafprozessrecht an der HSPV NRW, Abteilung Münster.

Dr. Eva Kohler, Professorin für Straf- und Strafprozessrecht an der HSPV NRW, Studienort Dortmund.



DER AUTOR

Dr. Holger Nimtz, Leitender Regierungsdirektor, Dozent für Straf-/Strafprozessrecht und Eingriffsrecht an der HSPV NRW, Leiter der Abteilung Köln.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

RETTUNGSZEIT VERKÜRZEN!

Die moderne Technik im Auto hat leider auch nachteilig die Arbeit der Feuerwehren verändert. Airbags, Stahlkerne im Karosseriebereich und E-Motoren verzögern nach einem Unfall die Rettungsarbeiten und gefährden diese extrem. Die SAFETY-e Sicherheitskarte löst dieses Problem.

NEU SAFETY-e Sicherheitskarte

Dank SAFETY-e rufen Feuerwehren die RETTUNGSKARTE mit allen sicherheitsrelevanten Fahrzeuginformationen bereits auf der Anfahrt zur Einsatzstelle online auf. Das spart bis zu 90 Minuten Rettungszeit.

Bisher wurden Rettungskarten lediglich als ausgedruckte Fahrzeugskizzen im Auto platziert. Widriges Wetter und Löschwasser zur Motorkühlung sind hierfür K.O.-Kriterien. Und: Die Feuerwehr muss erst vor Ort sein, um Infos einsehen zu können!

Das SAFETY-e Paket besteht aus den doppelseitigen Sicherheitsaufklebern. Dieser ist in eine Klappkarte konfektioniert, auf der alle wichtigen Informationen und ein Aktivierungscode enthalten sind. Mit dem Aktivierungscode sich dann kostenlos unter www.SAFETY-e.info registrieren.

Format: DIN A7

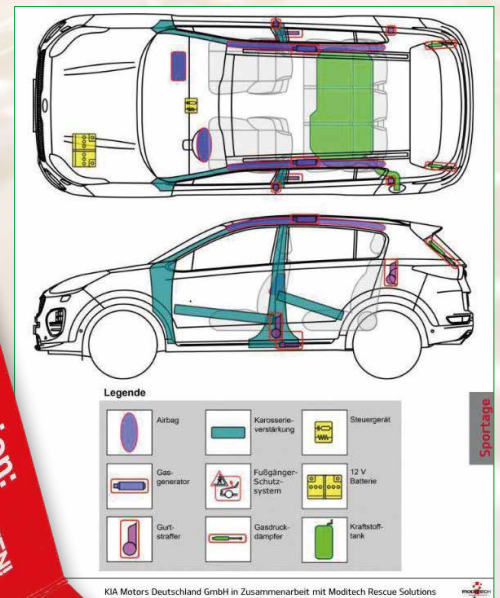
Maße: 10,5 x 7 cm inkl. Sicherheitsaufkleber

Maße: 8,5 x 3 cm (Doppelseitiger Scheibenaufkleber)

2,00 € pro Stück für die Polizeistiftung inkludiert.

110695

7,90 € 9,90 €



ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Bestellungen unter 100,- € zzgl. 4,95 € Versandkosten!

Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de